

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Massenkampf gegen Lohnabbau!

Lohnabbaukonferenz bei Stegerwald

Die Korrespondenz Hofrichter meldet, daß für den 12. April im Reichsarbeitsministerium sowohl eine Konferenz aller Schlichter vorgesehen sei, als auch eine Besprechung der Spitzenorganisationen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen stattfinden werde, in der über die Frage der Verlängerung der mit dem 30. April ablaufenden Tarifverträge Vereinbarungen getroffen werden sollen.

Diese Meldung ist ein Alarmsignal für die ganze Arbeiterklasse. Es liegt hier gewiß nicht etwa ein Versuch vor, um auf „gütlichem Wege“ die Unternehmer von der Durchführung ihrer Lohnabbaupläne abzubringen, sondern umgekehrt. Diese Besprechung hat sicher nur den einen Zweck, eine „Verständigung“ mit den Gewerkschaftsführern über die Methoden des neuen Lohnraubs herbeizuführen.

Vor Erlaß aller Lohnabbauverordnungen der letzten zwei Jahre, haben derartige Besprechungen und endlose Verhandlungen zwischen der Regierung und dem ADGB- und SPD-Führern stattgefunden. Im Moment ist die Situation für die Regierung und alle Koalitionsparteien, einschließlich der SPD, insofern etwas schwierig, als die Wahlen vor der Tür stehen. Man möchte daher jetzt eine Beruhigung durch allzu plumpem Lohnabbau umgehen. Es ist daher möglich, daß versucht wird, eine Verständigung über Hinauszchiebung der Kündigungstermine herbeizuführen. Im übrigen aber, das ist aus allen Verlautbarungen der Regierung und des Reichswirtschaftsministeriums ersichtlich, solle ein weiterer Lohnabbau durchgeführt werden. Man nennt das etwas schamhaft „Anpassung der gegenüber dem allgemeinen Lohnstand noch überhöhten Löhne und Gehälter“. Wie das in der Praxis aussieht, das beweist der Bauarbeiterschiedspruch mit seinen 10 Prozent Lohnabbau.

Die „reibungslose“ Durchführung dieser Pläne, also eines neuen Lohnabbaues von mindestens 10 Prozent, für die vielen Hunderttausende von Arbeitern und Angestellten, deren Tarife in Kündigung stehen, das ist der Zweck dieser Konferenz. Wenn die Gewerkschaftsführer darüber auch nur verhandeln, ohne notwendigen Masseindruck und Kampfschlossenheit der Millionen von Arbeitern und Gewerkschaftsmitgliedern im Rücken, dann ist das Ergebnis totschier ein neuer Raubzug auf die Löhne.

Deshalb kann es für die Arbeitermassen kein ruhiges Zusehen, kein Abwarten auf das Ergebnis dieser Besprechungen geben. Es gilt sofort zu handeln. Das „Schluß mit dem Lohnabbau“ darf nicht länger einer die Massen täuschende „Vorwärts“-Phrase bleiben, es muß zum Kampf für die zum äußersten Widerstand entschlossenen Massen werden. Der Bauarbeiterschiedspruch hat erneut bewiesen, die die nurgewerkschaftlichen Abwehrversuche wirkungslos bleiben müssen. Das zeigt u. a. die faktisch auf nur wirtschaftliche Teilkämpfe eingestellte RGO-Taktik. Die zentralen Lohnabbaumaßnahmen der Regierung und auch die jetzige zentrale Besprechung sind ein sprechender Beweis dafür, daß es sich hier nicht um wirtschaftliche Fragen einzelner Arbeiterschichten, sondern um ein politisches Zentralproblem handelt.

Weil dem so ist, kann dem Lohnraub auch nur mit politischen Kampfmethoden mit Erfolg begegnet werden. Darum Einsatz der gewerkschaftlichen Machtmittel auf politischem Gebiet. Die Gewerkschaften können heute ihre elementarste Aufgabe, Verteidigung

der Löhne, nur noch erfüllen, wenn planmäßig die wirtschaftlichen in politische Kämpfe überleitet werden; wenn die Forderung „Schluß mit dem Lohnabbau“ nicht mehr, als parlamentarische Bettelei erhoben, sondern durch Massenkampf gegenüber der Regierung durchgesetzt wird.

Darum Arbeiter, Gewerkschaftsmitglieder, duldet keinen neuen Kuhhandel, duldet nicht länger den stufenweisen Lohnabbau heute bei dieser und morgen bei jener Gruppe. Mobilisiert in jedem Betrieb, in jeder Gewerkschaft und erzwingt gegenüber der Gewerkschaftsführung ein geschlossenes Handeln, den geschlossenen Einsatz aller Gewerkschaften. Es ist genug des elenden Spiels. Keinen Pfennig Lohnabbau mehr. Sofortige Aufhebung der arbeiterfeindlichen Notverordnungen. Menschenwürdige Löhne und ausreichende Arbeitslosenunterstützung. Das muß zum millionenstimmigen Kampfruf der ganzen Arbeiterklasse gegen die Regierung und alle Lohnräuber werden.

Kreuger als Bilanzfälscher entlarvt

Der Begriff des „ehrbaren Kaufmanns“ hat eine neue schwere Erschütterung erfahren. Ivar Kreuger, um dessen Tod so viele Geheimnisse gewoben worden sind, war nicht nur ein König der Zündhölzer, sondern er war ebenso ein König der Bilanzfälschung.

Das ist die Offenbarung, die ein soeben veröffentlichter Zwischenbericht der zur Prüfung des Kreuger-Konzerns eingesetzten Revisoren enthält. Ausdrücklich wird darin erklärt:

„Es steht außer Zweifel, daß die Bilanz der Gesellschaft per 31. Dezember 1930, obwohl sie mit den Büchern übereinstimmt, doch ein vollkommen unrichtiges Bild der wirklichen finanziellen Lage gibt.“

Ferner erfährt man, daß Ivar Kreuger persönlich falsche Buchungen veranlaßt hat, um das Bilanzbild zum Guten zu korrigieren. Zwar sei es noch nicht möglich, „jetzt festzustellen, wie die Lage in Wirklichkeit am 31. Dezember 1930 war, aber die bisher vorliegenden Zahlen geben zu der Vermutung Anlaß, daß in der Bilanz ein weit besseres Bild, als es der Wirklichkeit entsprach, gezeigt worden ist“. Die finanziellen Bedrängnisse Kreugers sind also nicht erst von heute auf morgen entstanden. Sie bestanden zumindest schon im Jahre 1930, und da inzwischen die Lage des Konzerns sich nur verschlimmert haben kann, so bedarf es keiner großen Phantasie, um vorauszusehen, daß weder für

Groener pfeift auf Severing Kein Eingreifen gegen die Hitlergardien

An anderer Stelle veröffentlichen wir auszugsweise die Dokumente, die Severing über die Bürgerkriegsrüstungen der Nationalsozialisten der Öffentlichkeit übergeben hat. Sie lassen keinen Zweifel zu, daß es sich hierbei um einen sorgfältig vorbereiteten Plan handelt. Freilich sind die Zusammenhänge nicht ganz neu. Es ist längst öffentliches Geheimnis, daß die Nationalsozialisten in dieser Richtung ihre Vorbereitungen treffen, so daß die ganze Publikation Severings nur zwei Deutungen zuläßt: entweder es handelt sich um ein Wahlmanöver, dazu bestimmt, die sozialdemokratischen Wähler Hindenburg als Stimmvieh zuzutreiben, oder aber es handelt sich um eine Flucht Severings an die Öffentlichkeit, um auf diese Weise endlich ein Eingreifen des Reichswehr- und Innenministers Groener zu erwirken. Sollte dieser letztere Zweck beabsichtigt gewesen sein, dann steht zu befürchten, daß Severing die Rechnung ohne den Wirt gemacht hat, denn bereits weiß die Korrespondenz Hofrichter, deren Nachrichten sich regelmäßig als gut fundiert erwiesen haben, zu melden:

In politisch maßgebenden Kreisen wird an-

genommen, daß sich der Reichsinnenminister die Stellungnahme zu einem allgemeinen Verbot der SA-Abteilungen vorbehalten werde und daß infolgedessen mit einem allgemeinen Verbot in nächster Zeit nicht zu rechnen ist.

Der Reichsinnenminister wird das Problem der parteipolitischen Wehrorganisationen in seiner Gesamtheit — das heißt: die bedenkliche Militarisierung des deutschen Parteiwesens überhaupt — bei seinen Entscheidungen berücksichtigen.

Dagegen ist anzunehmen, daß der preussische Innenminister von sich aus spätestens nach dem 16. April Maßnahmen gegen die einzelnen örtlichen Organisationen der SA ergreift.

Wenn also aus dieser ganzen Severingschen Staatsaktion überhaupt etwas herauspringt, dann allenfalls nur Maßnahmen, die weniger Hitlers Privatarmee als das Reichsbanner treffen dürften.

Braunschweig verbietet Reichsbanner- Kundgebung

TU. Braunschweig, 5. April 1932.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Ortsgruppe Braunschweig, hatte für Dienstag und für den kommenden Sonnabend Umzüge durch die Straßen der Stadt geplant. Wie wir erfahren, sind die Kundgebungen auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen verboten worden, weil nach den bestehenden Umständen zu befürchten sei, daß die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet werde.

Die Situation wird immer grotesker. Während die braunschweigische Regierung nur schwer zu bewegen war, die zu Ostern geplant gewesene Kundgebung der Nationalsozialisten abzublenden — völlig in Übereinstimmung mit der Osterfriedens-Notverordnung stand auch das nicht — wird eine Reichsbannerkundgebung im Namen desselben Hindenburg verboten, dessen Popularisierung sie dient. Nur ein neuer Huzarenritt des nationalsozialistischen Ministers Klagges? Man ist versucht, dies anzunehmen, aber wie steht es denn mit der erst vor wenigen Tagen festgestellten Tatsache, daß zwischen dem braunschweigischen Regierungschef und Groener „vollständige Übereinstimmung“ bestehe?

Japan verstärkt Truppen

Charbin, 6. April 1932

In Charbin sind neue japanische Truppenverstärkungen aus Japan eingetroffen, um die Abwehrmaßnahmen gegen die chinesische Aufstandsbewegung zu unterstützen. Wie die Japaner mitteilten, ist eine Abteilung Kirin-truppen vernichtend geschlagen worden. Russische Emigranten in Snenpo haben an die ausländischen Konsuln um Hilfe gedrahtet, da sie von den chinesischen Aufständischen stark bedroht würden.

Severing enthüllt

Severing, Preußens Innenminister, hat jetzt das Material veröffentlicht, das seiner Polizei bei einer am 17. März gegen die Nationalsozialisten unternommenen Aktion in die Hände gefallen ist. Nicht alles, sondern nur einen Teil. Der Rest ist dem Oberreichsanwalt zur weiteren Verfolgung übergeben worden, da er alle Tatbestände des versuchten Landes- und Hochverrats enthalten soll. Wie weit freilich auch in Leipzig diese Tatbestände als gegeben erachtet werden, wird noch abzuwarten sein. Aber nicht nur in Leipzig mißt man mit anderen Maßstäben wie im preußischen Innenministerium, sondern auch in dem von Groener beherrschten Reichsinnenministerium. Und weil denn so ist, muß man auch große Zweifel hegen, ob den Severingschen Enthüllungen auch Handlungen folgen, die in der Richtung liegen, in die die sozialdemokratische und linksbürgerliche Presse heute mit Nachdruck weist: endlich aufzuräumen mit der Hitlerschen Privatarmee.

Die Zahl der Stimmen, die diese Forderung erhebt, ist nicht gering. Erstmals zeigt sich auch das Zentralorgan des Zentrums, die „Germania“, ernstlich entzweit. Das Blatt bezeichnet die Privatarmee als „einen Staat im Staat“ und verlangt „dass nun aber wirklich Schluss gemacht wird mit diesem Treiben, das unser Volk in das größte Unglück stürzen muß, wenn es noch weiter geduldet wird.“ Nicht minder energisch gebärdet sich das ebenfalls der „Eisernen Front“ ergebene „Berliner Tageblatt“, das in seiner Abendausgabe vom 6. April wörtlich erklärt:

„Es gibt diesmal keine Halbheiten, keine Zweideutigkeiten. Jedes Zeichen von Schwäche muß das Ansehen des Staates für immer aufs schwerste erschüttern, jede weitere Duldung das Ende der Staatsautorität bedeuten. Man kann seit schwarz auf weiß bewiesen ist, was eigentlich gar nicht erst bewiesen zu werden brauchte, sich nicht mehr hinter Paragraphen flüchten, nicht mehr untätig zusehen, man darf nicht länger Waffen und militärische Machtmittel in den Händen eines Parteiführers dulden. Von gestern an ist jedes Unterlassen ein Fördern, jedes Zögern ein Vorschleifen.“

Wohl gemerkt: das Blatt schreibt ausdrücklich „von gestern an“. Aber haben die Severingschen Enthüllungen seitdem mehr in Bewegung gesetzt als die Federn einiger Journalisten? Und wird nicht „von gestern an“ bereits jene Aktion subvertiert, nach der die sozialdemokratische und linksbürgerliche Presse im ganzen Reich schreibt? In der Tat: so ist es. Groener, der Verfassungsminister, rührt keine Hand, und was Brüning angeht, der als Reichskanzler eigentlich die Gesamtpolitik der Reichsregierung zu bestimmen hat, so befindet er sich zum ersten auf Wahlkagation für Hindenburg, und zum zweiten weiß er ganz genau, daß er nur solange Reichskanzler bleiben darf, als dies dem Reichswehr- und Innenminister Groener bzw. seiner rechten Hand, Herrn Schleicher, genehm ist. Wie man in diesem Kreise aber über die Bürgerkriegsorganisationen der Nationalsozialisten denkt, das ist seit langem offenes Geheimnis. Nicht umsonst hat das Reichswehrministerium erst vor wenigen Wochen den Nationalsozialisten die Reihen der Reichswehr geöffnet, wie es auch kein Versehen ist, daß Nationalsozialisten ihre Bürgerkriegsübungen auf einem Truppenübungsplatz der Reichswehr abhalten konnten. Dabei sind das nur die neuerdings bekannt gewordenen Symptome für die freundschaftliche Bewertung, deren die Nationalsozialisten sich im Reichswehrministerium erfreuen. Es steht außer Zweifel, daß die Berührungen noch viel enger sind, als aus den beiden obigen Tatsachen allein geschlossen werden darf. Man braucht sich nur der verschiedenen auf einen sehr nachsichtigen, wenn nicht gar freundlichen Ton gestimmten Äußerungen des Reichswehrministers Groener gegenüber den Nationalsozialisten zu erinnern. Groener war es ja bekanntlich auch, der jene Unterredung zwischen Hitler und Hindenburg eingefädelt hatte.

Doch, was bedarf es überhaupt noch des Scharfsinnes, um in die innersten Falten des Groenerschen Denkens einzudringen. Die Tatsache allein, daß die Nationalsozialisten eine eigene Armee unterhalten und ganz offen den Bürgerkrieg vorbereiten können, sagt mehr als genug. Würde der Verfassungsminister gegenüber den Nationalsozialisten auch nur mit einem Bruchteil der Energie auftreten, den er tagtäglich gegenüber den Kommunisten bekundet, dann brauchte Severing heute der Öffentlichkeit weder derartige Dokumente zu servieren, noch hilflos sich an die Oberreichsanwaltschaft zu wenden. Die Anklage, die Severing jetzt in die Welt schleudert, ist darum nicht nur eine Anklage gegen Hitler, sondern sie ist ungleich mehr noch eine Anklage gegen den Reichswehr- und Innenminister Groener.

Eben darum ist es auch absurd, von diesem ein Eingreifen verlangen zu wollen und gar irgendwelche Hoffnungen auf ihn zu setzen. Umgekehrt: wenn die Dokumente eine Forderung rechtfertigen,

Aufstand in Neufundland

Der Ministerpräsident geflohen — Die Regierung zurückgetreten

TU. London, 6. April 1932.

Die Regierung von Neufundland ist zurückgetreten, nachdem sie von einer Menge von mehreren tausend Menschen, zum großen Teil Arbeitslosen, im Parlamentsgebäude in St. Johns eingeschlossen worden war. Das Gebäude wurde bei den Ausschreitungen schwer beschädigt. Am Mittwochmorgen war das Gebäude immer noch von der Menge umlagert. Die gesamte Polizei von St. Johns ist ebenfalls im Parlament eingeschlossen. Die Stadt ist in der Hand der Aufständischen. 20 Zivilisten und 5 Polizisten wurden verletzt. Ein Polizist liegt im Sterben. Die Bildung einer Bürgerwehr ist im Gange.

Wie es kam

Zu dem Aufstand in St. Johns wird noch folgendes bekannt:

Nach einer Massenversammlung am Dienstagvormittag zogen etwa 15 000 Menschen vor das neufundländische Parlament. Eine Abordnung verlangte Aufklärung über eine Reihe von Beschuldigungen gegen den Ministerpräsidenten Sir Richard Squires und einige Minister wegen Aktenfälschung über Kabinettsitzungen und wegen Betrug.

Während die Abordnung verhandelte, stürmte die aufgeregte Menge unter den Rufen „Die Regierung muß zurücktreten“ und „Werft den Ministerpräsidenten in den Hafen“ das Gebäude.

Sie zerstörten alles, was sie in den Räumen fanden. Die Türen wurden eingeschlagen, die

Fenster zertrümmert, die Möbel vollkommen zerschlagen und teilweise zu den Fenstern hinausgeworfen. Es entspann sich ein Handgemenge mit den Polizisten, in dem diese unterlagen. Die Oppositionsmitglieder und der Sprecher durften das Gebäude verlassen. Der Ministerpräsident war in zwischen mit Hilfe von drei Geistlichen entflohen. Die übrigen Regierungsglieder hatten sich in einem Raum eingeschlossen. Bei Einbruch der Nacht verließen die Demonstranten das Gebäude wieder, das dann von ihnen verbarrikadiert wurde, während sich immer noch die Regierungsglieder und sämtliche Polizisten von St. Johns darin befanden. 4000 Menschen umlagerten das Gebäude während der ganzen Nacht weiter. Teilweise wurde gedroht, Feuer anzulegen. Außerdem wurden die staatlichen Alkohollager gestürmt und vollkommen ausgeplündert.

Wieder Ruhe in St. Johns?

London, 6. April 1932

In den Morgenstunden des Mittwoch konnte die Ordnung in St. Johns wiederhergestellt werden, nachdem 300 Mann der Kriegsteilnehmerverbände aufgebeten worden waren, die die Bewachung der Straßen und Amtsgebäude übernahmen. Die Regierungsglieder und die Polizei konnten das Parlamentsgebäude wieder verlassen. Es hat sich herausgestellt, daß die Regierung ihr Rücktrittsgesuch noch nicht eingereicht hat. Ein Minister hatte den Gouverneur gebeten, den Ministerpräsidenten zum Rücktritt zu zwingen, um die Menge zu beruhigen.

Todesstrafen im Moskauer Prozeß

Der Oberste Gerichtshof der Sowjetunion verurteilte am Mittwoch morgen nach kurzer Beratung die im Attentatsprozeß angeklagten Stern und Wassiljew wegen Vergehens gegen die Paragraphen 4 bis 6 des sowjetrussischen Strafgesetzbuches zum Tode.

Der Oberste Staatsanwalt führte in Begründung seines Strafantrages u. a. aus, daß die Attentatsabsicht auf den deutschen Botschafter von Dirksen erwiesen sei. Die Anklageschrift und das dem Gericht vorgelegte Beweismaterial hätten ergeben, daß Wassiljew in Verbindung mit der terroristischen Gruppe Ljubarski gestanden habe, die es sich zur Aufgabe gemacht habe, die Sowjetregierung durch Gewaltanwendung zu stürzen. Die Verbindung mit polnischen Bürgern durch die Gruppe Ljubarski gelte ebenfalls als erwiesen. Krylenko erklärte, daß die Angeklagten Wassiljew und Stern schon seit mehreren Jahren Gegner der

Sowjetunion seien und Gelegenheit zur aktiven Betätigung gegen die Sowjetunion gesucht hätten.

Der Oberste Gerichtshof hat die schwerstmögliche Strafe über die beiden terroristischen Attentäter verhängt, da diese sich des größten Verbrechens schuldig gemacht hatten, durch Terrorakte die Beziehungen der UASSR zu anderen Ländern zu stören und dadurch die Aufbauarbeit am Sozialismus zu erschweren, wenn nicht gar durch Interventionskriege sie unmöglich zu machen. Krylenko führte in seiner Anklagerede mit Recht aus, daß die Sowjetunion den Frieden braucht, um den Aufbau des Sozialismus zu vollenden. Durch fortgesetzte Provokationen versuchten die imperialistisch-kapitalistischen Mächte, den Weltbrand zu entfesseln. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, ist das Urteil durchaus zu verstehen und zu rechtfertigen.

Wahlen in Mexiko

Die in ganz Mexiko durchgeführten allgemeinen Wahlen sind zwar im großen und ganzen ruhig verlaufen, haben jedoch vereinzelt zu Zusammenstößen geführt, bei denen im ganzen vier Personen getötet und 20 verwundet wurden. Der frühere mexikanische Präsident Portes Gil, der jetzige Gouverneur des Staates Tamaulipas, kandidierte in diesem Staat, wurde aber nicht wiedergewählt.

Auch China wählt

Nach Meldungen aus Lojang hat die chinesische Regierung ein Gesetz über die Wahlen zur chinesischen Nationalversammlung angenommen, die Ende August stattfinden sollen. Alle Versammlungsverbote usw. werden aufgehoben. Diese Maßnahmen bleiben nur für die chinesische kommunistische Partei weiter

dann die Forderung nach sofortigem Rücktritt dieses Ministers.

Eine solche Forderung wagt aber heute niemand zu erheben. Am allerwenigsten die Sozialdemokratie. Das ist auch sehr einleuchtend. Denn hinter Groener steht kein Geringerer wie Hindenburg, und wer darum Groener den Fehdehandschuh hinwirft, der kann natürlich nicht gleichzeitig in der Hindenburgfront marschieren. Also wird Groener und durch ihn all das geduldet, was die Severingschen Dokumente jetzt so eindringlich enthüllen ...

in Kraft, der damit also eine Beteiligung an der Wahl unmöglich gemacht wird. — Wahrhaftig, so jung sie ist: die chinesische Bourgeoisie hat schnell gelernt!

Streikende Studenten

New York, 6. April 1932.

Die Studenten der Columbia-Universität sind wegen der Relegation eines Studenten, der in der liberalen Studentenzeitung einen Artikel veröffentlicht hatte, in einen eintägigen Proteststreik getreten. Der Präsident der Universität, Butler, verweigerte die Wiederrücklassung des Studenten. Im Laufe des Mittwoch sollen mehrere studentische Massenversammlungen stattfinden.

Die Donaukonferenz. Es bestätigt sich, daß außer Polen auch die Schweiz den Wunsch ausgesprochen hat, an den abschließenden Verhandlungen über die Donaufrage unter den gleichen Bedingungen wie Deutschland und Italien teilzunehmen.

Polnische Kreuzerbank wankt. Die polnisch-amerikanische Bank in Warschau, die dem Kreuzer-Konzern angehört, ist durch den dauernden Ban... in beträchtliche Schwierigkeiten geraten. Die Beamten sind bereits gekündigt und nach Meinung der Bankkreise soll nur wenig Hoffnung vorhanden sein, die Bank noch lange zu erhalten.

Zu Zusammenstößen kam es in Altona und Kiel im Anschluß an Kundgebungen der Eisernen Front. Die Nazis überfielen Reichsbannerleute und verletzten verschiedene schwer.

Hochverrats-Urteil

Gegen kommunistischen Redakteur

Leipzig, 6. April 1932

Wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens in Tateinheit mit Vergehen nach § 4 Absatz 1 des Republiksschutzgesetzes verurteilte der Vierte Strafsenat des Reichsgerichts am Mittwoch unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Bunge, den Schriftleiter Heinrich Köhnse aus Lettin, Kreis Linden, zu 1 Jahr und 2 Monaten Festungshaft. Der Angeklagte hat als verantwortlicher Schriftleiter der „Neuen Arbeiterzeitung“, die in Hannover von der Kommunistischen Partei herausgegeben wird, eine Reihe von Veröffentlichungen zu verantworten gehabt, darunter auch die Veröffentlichung des Telegramms, das das Zentralkomitee der KPD an die meuternden englischen Matrosen gesandt hat. Mit diesem Telegramm befaßt sich das Urteil insbesondere und erklärt dazu, daß die Veröffentlichung sehr geeignet gewesen sei, zur Nachahmung aufzufordern, nämlich der Nachahmung des Meuterns und Aufstands gegen die Obrigkeit. Aber auch ein Zersetzungsversuch könne in dieser Veröffentlichung erblickt werden, denn sie sei ebenso geeignet, der Wehrmacht nahezubringen, daß die Auflehnung gegen die Kommandogewalt notwendig sei.

Lettischer SP-Parteitag

Mehrheit der rußlandfreundlichen Richtung

TU. Riga, 6. April 1932.

Der dieser Tage in Riga zusammengetretene Parteitag der lettischen Sozialdemokratie hat mit einem sehr bedeutsamen Ergebnis geendet. Die radikalere Richtung, die gleichzeitig außenpolitisch eine rußlandfreundliche Richtung unter Führung von Menders und Buschewitz vertritt, konnte einen entscheidenden Sieg über die andere Richtung buchen, die unter Führung des früheren Außenministers Abgeordneter Zeelens vor einer allzu starken Anlehnung an Sowjetrußland warnte.

Der Abgeordnete Zeelens, der den Vorsitz des Auswärtigen Ausschusses im Parlament führt, wandte sich scharf gegen die Radikalen. Trotzdem siegte, wie erwähnt, die rußlandfreundliche Richtung. Der jetzige Vorsitzende und Führer der Partei Abgeordneter Menders unterstrich nachdrücklich, daß die jetzige bürgerliche Regierung Skujeneck mit gefährlicher Gleichgültigkeit das Schicksal des lettisch-russischen Handelsvertrages betrachte.

Hindenburgs Kirchenbesuche

Der „Angriff“ hatte kürzlich eine von der Pressestelle der Reichsregierung ihm auferlegte Zwangsnachricht zwar gebracht, aber einen Absatz daraus unterdrückt, der von einem Kirchenbesuch des Herrn von Hindenburg handelte. Ihm ist jetzt von der Reichspressestelle eine neue Zwangsnachricht eingesandt worden, in der es heißt:

„Es wird daher hier nochmals festgestellt, daß der Herr Reichspräsident seit dem 20. März folgende Gottesdienste besucht hat:

Am 20. März den Konfirmationsgottesdienst der Militärgemeinde Berlin in der Alten Garnisonkirche, am 25. März den Karfreitagsgottesdienst in der Dreifaltigkeitskirche und am 27. März den Ostergottesdienst in der Dreifaltigkeitskirche.“

Es ist schade, daß nicht auch der „Vorwärts“ gezwungen werden kann, diese Nachricht zu drucken.

Massenkündigung in der oberschlesischen Zinkindustrie

TU. Kattowitz, 5. April 1932

Die gesamte Arbeiterschaft in der oberschlesischen Zinkindustrie hat die Kündigung zugestimmt. Wiedereinstellungen sollen nur unter der Voraussetzung erfolgen, daß die Arbeiter sich mit einer Lohnkürzung um 12 vH. einverstanden erklären. Bei Ablehnung dieser Kürzung sollen die Betriebe am 20. April geschlossen werden. Von der Kündigung werden etwa 10 000 Arbeiter betroffen. Die Bekanntgabe der Kündigungen hat unter der Arbeiterschaft erhebliche Erregung hervorgerufen. Es sollen mit dem Demobilisierungskommissar Verhandlungen über das Vorgehen der Arbeitgeber stattfinden.

Argentiniens Devisennot. Die argentinische Regierung hat verfügt, daß sämtliche argentinischen Rentenbesitzer, die im Ausland leben, schleunigst nach Argentinien zurückkehren müssen. Jeder Rentenempfänger, der nicht bis zum 15. Mai spätestens in die Heimat zurückgekehrt sein wird, geht seiner Rente verlustig. Diese Maßnahme erfolgt, um den Umlauf argentinischen Geldes im Ausland zu vermindern.

Sachsen 1923

Aus Stresemanns Erinnerungen — Ein trübes SPD-Kapitel

Im Ullstein Propyläen-Verlag sind vor kurzem Aufzeichnungen aus dem Nachlaß des verstorbenen deutschen Außenministers Stresemann erschienen, die von seinem vertrauten Sekretär, dem Konsul Henry Bernhard, und dem „Historiker“ Wolfgang Goetz bearbeitet und herausgegeben worden sind. Vorausgeschickt sei das eine: Ein großes historisches Memoiren- und somit Quellenwerk werden diese Aufzeichnungen nicht werden, das läßt schon eine flüchtige Uebersicht erkennen. Es ist evident, daß von Stresemanns Tagebuchnotizen, die jetzt die Herausgeber als „Erinnerungen“ herausgeputzt, mitteilen. Es sind keine. Wenn wir uns heute die Mühe machen, aus dem Wust von Daten, Randbemerkungen und Tagesaufzeichnungen ein paar tatsächliche Angaben herauszuschälen, so darum, weil hier Mitteilungen über Vorgänge gemacht werden, die zusammengefaßt als

die „Reichsexekution gegen Sachsen“ im Oktober 1923 bezeichnet werden müssen.

Diese Vorgänge haben bekanntlich begonnen mit der Entsetzung der aus Sozialdemokraten und Kommunisten bestehenden Regierung Zeigner manu militari, mit der verfassungswidrigen Uebernahme der Gewalt durch den seither an den Folgen eines Schießplatzunglücks verstorbenen General Müller, den sächsischen Landeskommandanten der Reichswehr, und einen von dem Reichspräsidenten nicht rechtmäßig bestellten „Reichskommissar“, den leider gleichfalls verstorbenen früheren Reichs- und königlich sächsischen Staatsminister Dr. Heinze. Und die Ereignisse haben mit der gleichfalls nicht formgerechten Einsetzung des Ministeriums Fellisch geendet, das den Volkswillen nicht repräsentierte.

Die Vorgänge vom 28., 29. und 30. Oktober 1923 sind mit Recht als ein

Staatsstreich der Regierung Stresemann bezeichnet worden; zu diesem Staatsstreich haben sozialdemokratische Minister die Hand geliehen. Paul Levi, der verstorbene Reichstagsabgeordnete von Chemnitz-Zwickau, hat damals in seiner Korrespondenz „Sozialistische Politik der Wirtschaft“ geurteilt:

„Die Reaktion konnte sich beglückwünschen. Sie hat gute Helfer gefunden, die ihr glänzend in die Hände gearbeitet haben. Der Dolchstoß gegen die sächsische Arbeiterfront ist aus den eigenen Reihen gekommen.“

In den Stresemann-Aufzeichnungen finden sich viele Daten, die das harte Urteil Paul Levis begründen und rechtfertigen. Eine Vorbemerkung der Herausgeber, die die skizzenhafte Darstellung der sächsischen Vorgänge einleitet, sagt über den Kabinettsrat vom 26. Oktober das folgende:

„Stresemann nennt in dieser Sitzung die Erklärung des bayerischen Generalstaatskommissars von Kahr, daß er an Verhandlungen mit der Reichsregierung nicht denke, „gelinde gesagt eine Unverschämtheit“. Man beschließt einen Brief an die bayerische Regierung, mit dem mitgeteilt wird, daß aus etatsrechtlichen Gründen Mittel für die bayerische Reichswehr, solange sie nicht gehorcht, nicht zur Verfügung gestellt würden. Aber ein Ultimatum wird nach der Sitzung vom 27. Oktober nur an Sachsen, nur an Dr. Zeigner gerichtet.“

In Stresemanns Aufzeichnung heißt es dann:

„Bedenken des Reichsjustizministers (Radbruch, SPD) gegenüber erklärt sich der Kanzler für den Vorschlag des Reichswehrministers und ist bereit, die Verantwortung dafür zu tragen... Auf des Kanzlers Frage, ob der Reichswehrminister (Geßler, Demokrat, zugleich Inhaber der vollziehenden Gewalt) einen Beschluß des Kabinetts wünsche, erklärt dieser, daß er politischen und rechtlich die Verantwortung selbst tragen wolle und sie auch nicht auf den Reichspräsidenten abzuwälzen wünsche. Er wolle lediglich das Kabinett rechtzeitig unterrichten... Der Kanzler (Stresemann) bittet die sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts um Steilungnahme. Der Reichsminister für Wiederaufbau (Robert Schmidt) hält es für nicht tragbar, eine Landesregierung, die sich auf eine parlamentarische Mehrheit stütze und verfassungsmäßig zustande gekommen sei, in der beabsichtigten Weise abzusetzen. Er schlägt vor,

zunächst den Ministerpräsidenten Dr. Zeigner zum freiwilligen Rücktritt zu bewegen.

Ministerialdirektor Meißner unterbreitet einen Vermittlungsvorschlag des Reichspräsidenten, der auf eine kurzfristige Aufforderung zum Rücktritt des sächsischen Ministerpräsidenten hinausläuft,

doch seien daneben alle Schritte durch

den Inhaber der vollziehenden Gewalt (den Reichswehrminister Geßler) zu tun, um für den Fall einer unbefriedigenden Antwort die Uebernahme der Regierung in Sachsen durch einen Staatskommissar zu bewirken.

Hiergegen erhebt der Reichswehrminister die schwersten Bedenken, da er jede Verzögerung für sehr gefährlich hält.

Der Reichskanzler hält nach dem Bericht der Vertretung der Reichsregierung in München... die Lage in Bayern für dermaßen zugespitzt, daß Zeit nicht mehr zu verlieren sei. Der Öffentlichkeit müsse sofort die Tatsache des Eingreifens der Reichsregierung in Sachsen bekanntgegeben werden mit Rücksicht auf die in Bayern vielleicht schon gefaßten Entschlüsse...“

Hier fällt ein breiter Streifen Licht in die bisher dunklen Gedankengänge und Beweggründe der Regierung Stresemann. Gegen Bayern, das mit einem Aufstand gegen das Reich drohte, vermochte man sich nicht durchzusetzen. So will man dem aus Bayern und aus dem Lager des Faschismus immer stärker herüberhallenden Vorwürfen gegen die „marxistisch verseuchte“ Reichsregierung die Spitze abbiegen, indem man das zwar von Arbeitern regierte, doch reichstreue Sachsen opfert. Stresemanns Bericht fährt fort:

„Nach längerer Debatte stellt der Reichskanzler fest, daß die Aufforderung an den sächsischen Ministerpräsidenten ungefähr dahin zu formulieren sei, daß die Verhältnisse unter der gegenwärtigen Regierung in Sachsen im Hinblick auf die kommunistische Beteiligung nicht mehr tragbar seien,

es könne daher diese Regierung nicht mehr als solche anerkannt werden.“

Der sächsische Ministerpräsident solle die jetzige Regierung sofort auflösen und die Bildung einer neuen Regierung ohne Teilnahme der Kommunisten in die Wege leiten. Geschehe dies nicht, so habe der Inhaber der vollziehenden Gewalt

einen Kommissar zu ernennen, der die Geschäfte des Landes wahrnehmen solle, bis eine neue verfassungsmäßige Regierung gebildet sei.“

Am gleichen Tage noch, am 27. Oktober, schreibt Stresemann in diesem Sinn an Zeigner. Die Ernennung des Reichskommissars erfolgt weder durch den Inhaber der vollziehenden Gewalt, der dazu auch trotz Stresemanns Meinung von der Verfassung nicht bevollmächtigt und gedeckt gewesen wäre, noch durch den Reichspräsidenten Ebert. Die Tagesnotizen Stresemanns vom 28. Oktober sagen: „... Sächs. Regierung lehnt Demission ab. — Telephongespräch mit Geßler betr. Reichskommissar (Schulze, Dähne, Heinze). — RP. (Reichspräsident) angerufen. RP. schläft, deshalb nicht gesprochen.“

So fuhr Heinze ohne förmlichen Auftrag nach Dresden und erledigte dort in schroffem Verfassungsbruch die sächsische Regierung.

Am 29. Oktober bemerkt Stresemann in seinen „Tagesnotizen“ zuerst:

„Heinze zum Reichskommissar in Dresden ernannt.“

Das ist aber unwahr. Dann heißt es weiter: „Heinze setzt Regierung ab. — Sollmann will demissionieren. RP. sehr erregt, Vertrauen bei Arbeiterschaft verloren.“

Hier sah Ebert durchaus richtig. Sein Vertrauensrest bei der Arbeiterschaft war ohnedies nicht mehr groß. Außerst charakteristisch für ihn, wie er sich am Abend des Vortages der Entscheidung entzogen hatte. Er schlief, man konnte ihn nicht wecken, wo es um eine dermaßen wichtige Sache ging!

Es folgt eine weitere Aufzeichnung Stresemanns über ein Telephongespräch mit dem Reichswehrminister und Inhaber der vollziehenden Gewalt, Dr. Otto Geßler.

(Weitere Artikel folgen.)

Feuer breitet sich nicht aus..

Neubarnim (Kr. Oststernberg), 6. April 1932.

Die Bewohner eines Hauses, in welchem die Postagentur verwaltet wird, wurden durch das Geschrei einer im Hausflur sitzenden Katze veranlaßt, nachzusehen, was los sei. Da sahen sie, daß aus dem im Hinterflur des Hauses befindlichen Schalter der elektrischen Lichtleitung helle Flammen schlugen. Es brannte in der Röhrenleitung und das Feuer hatte schon den Türpfosten ergriffen. Es gelang jedoch, den Brand zu ersticken, ehe er größeren Umfang annahm. Die Entstehungsursache des Brandes hat nicht ermittelt werden können.

Gründe unbekannt

Halle/Saale, 6. April 1932

In Seebemisch bei Markranstädt durchschnitt der Arbeiter Kurt Schmidt seinen beiden ein- und zweijährigen Kindern die Kehlen und erhängte sich dann. In der vergangenen Nacht hatte er seine Frau, mit der er in Scheidung lag, mit dem Revolver bedroht. Die Frau war darauf im Nachthemd geflüchtet und hatte sich an einer Wäscheleine aus dem Fenster im ersten Stock auf die Straße herabgelassen.

Salzsäure statt Schnaps

Reppen, 6. April 1932

Beim Einzug des neuen Pächters im Gasthof Wildenhagen half beim Einräumen der Möbel der Erwerbslose Otto Paschke. Nach Beendigung der Arbeiten gab ihm der neue Wirt in der besten Absicht einen Schnaps. In dem Wirrwarr des Umzugs ergriff dieser aber eine Flasche mit Salzsäure, wovon Paschke auch trank. Nach einigen Stunden war er tot. Seine Leiche wurde beschlagnahmt.

Mord

Pleschen, 6. April 1932

Auf dem Wege, der von Goluchow nach Prokopow führt, fand man dicht bei dem Walde den Leichnam einer ermordeten Frau im Alter von ungefähr 35 Jahren. Um sie herum lagen zerstreut eine Handtasche und noch andere Sachen, die darauf hindeuten, daß der Ermordung ein Kampf vorausgegangen ist. Wie festgestellt wurde, ist die Ermordete eine gewisse Jesierska. Die Leiche wurde bis zum Eintreffen der Gerichtskommission von der Polizei an Ort und Stelle beschlagnahmt. Die eingeleitete Untersuchung wird wohl bald den geheimnisvollen Mord aufklären.

Devisenaffäre in Stuttgart

Berlin, 6. April 1932.

Im Zusammenhang mit einer zur Zeit von der Zollfahndungsstelle Stuttgart bearbeiteten Devisenaffäre wurde gestern die 26jährige Schauspielerin Rita Mengelkoch durch Stuttgarter Beamte in ihrer Wohnung in der Paulsborner Straße 73b in Halensee festgenommen und zur Zollfahndungsstelle Berlin in der Luisenstraße gebracht. Dort wurde sie aber nach kurzem Verhör wieder freigelassen. Die gegen sie erstattete Anzeige, daß sie sich der Beihilfe zu der Stuttgarter Devisenaffäre schuldig gemacht habe, soll nach der Darstellung der Schauspielerin auf einem Racheakt beruhen. In Wirklichkeit habe sie mit der ganzen Angelegenheit nicht das geringste zu tun.

Im Scherz

Rathenow, 6. April 1932

Der Arbeiter Karl Schulze aus Ferchesar war auf dem Acker des Rittergutsbesitzers Karl Schaper bei Neu-Lochow mit landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigt. Während dieser Zeit fand sein 11jähriger Neffe Anton Lohse in der nahen Forst eine Schrotflinte, mit der er entschprechend einer Aufforderung des Onkels im Scherz, auf Schulze zielte. In diesem Augenblick entlud sich die Waffe und der Arbeiter sank, von einer Schrotladung über dem rechten Auge in den Kopf getroffen, tot zu Boden.

Schweine fressen ein Kind an

Posen, 6. April 1932

Das Dienstmädchen der Besitzerin S. in Ladenberg bei Koschmin hatte ihr zweijähriges Kind mit Genehmigung ihrer Herrin auf dem Hofe untergebracht. Das Kind war durch schwere Krankheit noch sehr unentwickelt. Das Dienstmädchen hatte das Kind auf einem Kissen an die Sonne gesetzt. Der Knecht, der das Kind nicht bemerkt hatte, ließ die Schweine aus dem Stall, um sie in die Schweinekoppel zu bringen. Zwei Eber stürzten sich auf das Kind, fraßen es an und zerrissen es. Erst als das Kind schon tot war, wurde der Vorfall bemerkt. Eine polizeiliche Untersuchung ist sofort eingeleitet worden.

USA für den japanischen Raubzug



In Washington kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und Arbeitern, die gegen den japanischen Raubzug nach China demonstrierten. Die amerikanischen Kapitalisten hegen stärkste Sympathien für die unternehmungslustigen japanischen Kollegen; selbstverständlich, daß ihre uniformierten „Ordnungshüter“ heftig den Gummiknüppel gegen die aufbegehrenden Proleten rührten, die ihnen das Geschäft vermiesen wollen.

Der Fall Remarque

Berlin, 6. April 1932.

Wie wir erfahren, ist das Vorgehen der Zollfahndungsstelle Berlin-Brandenburg gegen Erich Maria Remarque auf eine Anzeige der Reichsbank zurückzuführen, die Dispositionen des Schriftstellers über sein in Deutschland befindliches Vermögen aus irgendwelchen Gründen beanstandete. Es hat den Anschein, als ob der betreffenden Stelle in der Reichsbank nicht bekannt war, daß Remarque Auslandsdeutscher geworden und infolgedessen in den die Devisenvorschriften betreffenden Fragen anders zu behandeln ist als ein im Reichsgebiet wohnender Deutscher. Sein Anwalt,

Dr. Lion, hat sich bereits an das Landesfinanzamt Berlin-Brandenburg gewandt, dem die Zollfahndungsstelle untersteht, um die ihm bisher unbekanntem Gründe für das Vorgehen gegen Remarque kennenzulernen.

Zwischen dem Anwalt und dem in Ronco bei Locarno wohnenden Schriftsteller ist ein längeres Telephongespräch über die Angelegenheit geführt worden, in dessen Verlauf Remarque betont hat, daß er selbst die Korrespondenz mit der Danat-Bank geführt und sich keines Mittelsmannes bedient habe. Unter diesen Umständen sei es ihm unerklärlich, was für eine Korrespondenz der Bank jetzt beschlagnahmt worden sein soll.

Zensur, Zensur

Eislers „Bauernrevolution“ verboten

Es vergeht jetzt kaum noch ein Tag, an dem nicht über einen neuen, jedesmal tolerieren Zensurübergriff zu berichten wäre. Kaum hat die Filmprüfstelle mit dem allem Recht hohnsprechenden Verbot des Arbeiterfilme „Kohle-Wampe“ einen vorläufigen Höhepunkt der Zensurchikanen erreicht, da kommt aus Leipzig die Kunde, daß die Polizei in den Räumen eines Musikverlages erschienen und die dort edierten Klavierauszüge und Noten der Kompositionen op. 14 und 21,2 des Ton-dichters Hanns Eisler beschlagnahmt habe; als Grund wird angeführt, daß zwar nicht die von Eisler geschaffene Musik, aber doch die ihr unterlegten Texte, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu stören geeignet seien. Als Rechtsgrund für die Beschlagnahme solle der § 2 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 10. August 1931 dienen.

Die von Eisler verwendeten Texte sind nun nicht etwa neue Tendenzdichtungen, sondern alte Verse von alten Volksliedern aus der länger als 400 Jahre zurückliegenden Zeit des deutschen Bauernaufstandes. Es ist das Lied vom „schwarzen Geyer“, das nicht nur in der organisierten Arbeiterbewegung gekannt und gesungen wird, sondern auch in der bürgerlichen Jugendbewegung viel Anklang gefunden hat.

Die von dem Komponisten Eisler für Männerchöre geschaffene neue Musik ist im Jahre 1929 bei einem Festkonzert der Internationalen Gesellschaft für neue Musik in der Berliner Singakademie vor einem rein bürgerlichen Publikum erstmalig aufgeführt worden.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob die ganz harmlosen Worte des alten Bauernliedes nur den Vorwand zu einem Streich gegen die, selbst durch Zensurmaßnahmen nicht zu fassende, Musik des Komponisten Hanns

Eisler abgeben sollten, der sich durch Vertonung von Arbeiterliedern einen guten Namen gemacht hat:

Das alte Sprichwort sagt: Es ist der Ton, der die Musik macht...

Wiegenlied

Von R. Springer

Nu mach die Oogen zu und penn,
Ick habe keene Zeit!
Nu hör schon uff mit dein Jeflenn,
Wat hast du schon für Leid!

Du weest noch jar nich, wat dir blüht,
Und det is jut, mein Kind.
Wat weest dein kleenet Kindjemüt
Wie groß unsere Sorjen sind.

Du bist jekommen und bist da — —
Et jing och ohne dir.
Wir dachten nich, det det jeschah,
Du kannst ja nischit dafür.

Ick liebe dir, so jut ick's kann
Und jeb dir meine Brust.
Ick wünschte, det ick schlafen kann,
Und du hast keene Lust.

Dein Vater looft nach Arbeet rum,
Det is so furchtbar schwer — —
Er looft sich noch die Beene krumm,
Doch findt'a keene mehr.

Ick schuffte, — — doch det Jeld is knapp,
Et reicht nich hin, mein Sohn;
Und manchmal macht de Seele schlapp,
Det is der Arbeitslohn.

Druckerei ist mitten im Kriege durch die vorwärtsdrängende Initiative Friedrich Westmeyers und den Opfermut aller Genossen geschaffen worden.

Ziller steht bereits am Setzkasten. Otto hat aus Berlin einen Artikel der Breitenschied-schen Auslandskorrespondenz geschickt. Er trägt den Stempel „In Berlin zensiert“ und braucht daher auch in dem Bereich aller andern Armeekorps nicht mehr zur Zensur vorgelegt werden.

„Hast du nichts anderes mehr für das Blatt?“ brummt Ziller nach der Begrüßung. „Die beiden Artikel, die wir zur Zensur eingereicht haben, sind gestrichen worden. Gestern schaute ich den ganzen Tag die Decke an, erst um fünf Uhr abends kam dein Brief.“ „Da haben ihn die Hunde wieder einen ganzen Tag auf der Postüberwachungsstelle liegen lassen. Doch damit wird jetzt bald Schluß gemacht. Die Zensur soll abgeschafft werden. Paß auf, es dauert nicht mehr lange und wir werden den Herren vom Generalkommando den Marsch blasen.“

„Hoffen wir das Beste“, bemerkt Ziller trocken. „Hier unten ist jedenfalls noch nicht viel davon zu merken. Und vorläufig gibt es eben noch eine Zensur.“

„Ich weiß, daß Anweisung ergangen ist, die Zensur nicht mehr so schroff zu handhaben. Die Mehrheitssozialisten gehen in die Regierung und haben die Abschaffung der Zensur als Bedingung gestellt. Natürlich steht das nur auf dem Papier, aber immerhin — es weht ein anderer Wind selbst aus dem Großen Hauptquartier.“

„Ich kann mir denken, daß denen der Arsch mit Grundeis geht. Jeder, der von der Front kommt, rechnet damit, daß die Franzosen und Amerikaner beim nächsten Angriff durchkommen. Auf ein deutsches Geschütz zehn auf der anderen Seite, das sagt alles. — Aber quatschen können wir ja heute mittag, du bist eingeladen zum Hasenbraten. Jetzt muß Manuskript her und der Herr Redakteur muß sich wohl selbst mit an den Setzkasten stellen, wenn die Zeitung heute noch zum Generalkommando soll.“

„Hier ist ein Leitartikel von Hartlaub.“ „Wieder mit der Hand geschrieben?“ „Ja, er hat ihn in der Mittagspause im Café geschrieben. Aber du kennst doch den steilen Höhenflug seiner Feder.“

„Der Teufel hole diese Advokatenklaue. Ich habe schon die schwierigsten wissenschaftlichen Manuskripte entziffert, aber bei seinen einfachen Artikeln bleibe ich immer wieder hängen.“

„Mir geht es ja auch so. Und dabei kommt es bei ihm auf jedes Wort an, die Pointen, mit denen er die Zensur umgeht und doch alles sagt, was zu sagen ist, sind wie Stecknadeln so scharf.“

„Und so giftig wie Indianerpfeile. Mehrings Schrift war ja auch manchmal zum Anden-Wände-Hochklettern, vor allem, weil er die Endsilben so versickern ließ, aber besser wie Levy!“

„Hartlaub, bitte. Das Redaktionsgeheimnis muß gewahrt bleiben!“

„Ich erzähle das ja auch nicht meiner Großmutter. Weiter, was ist noch da?“

„Einige kleinere Artikel von Paul Lange über die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaftsführern und Generalkommandos...“

„Werden gestrichen!“

„Sie sind sehr vorsichtig und geschickt abgefaßt. Dann — aber hat denn Sternheim den Wochenrückblick noch nicht abgeliefert?“

„Ich habe nichts gesehen.“

„Aber was ist denn da los? Er ist doch sonst die Zuverlässigkeit selbst. Wir haben ausgemacht, daß er den Wochenrückblick diesmal ausführlicher schreibt!“

„Onkel!“ Die beiden hatten gar nicht bemerkt, wie sich ganz leise das niedere Kellerfenster geöffnet hat, jetzt schaut ganz plötzlich ein lachender Mädchenkopf in die Druckerei.

Als Hilde Otto Bessinger sieht, verschwin-

det der Kopf ebenso rasch und die junge Maid, die wenige Minuten später die steinerne Kellertreppe heruntersteigt, macht ein sehr reserviertes und ernsthaftes Gesicht. Nur die blanken Augen können das Lachen nicht sein lassen.

„Onkel, heute vormittag, als du eben wegwarst, ist ein Eilbrief aus Reutlingen gekommen. Ein ganz dicker Brief!“

„Gib mal her. Womöglich ist das unser Wochenrückblick. Ja natürlich, da steht als Absender: Jakob Sternheim, Gymnasium Reutlingen.“

„Aber was macht denn der Jakob in Reutlingen? Und am Gymnasium dazu? Vor vier Tagen saß er doch noch als gewöhnlicher Schreiber in der Kommandantur und machte Statistiken über Stiefel und Unterhosen“, wundert sich Otto.

Ziller reißt den Bindfaden durch. „Das werden wir gleich sehen.“

In dem Kuvert liegt doppelt gefaltet der erwartete Wochenrückblick und ein kurzer Brief.

„Liebe Genossen“, schreibt Sternheim, „mir ist es durch die Vorsehung des Generalkommandos beschieden, noch einen neuen Beruf auszuüben, bevor der Krieg zu Ende geht. Bei einer Kontrolle aller Mannschaften ist der Feldweibel darauf gestoßen, daß ich die Lehrprüfung für höhere Schulen gemacht habe, obwohl ich nie daran dachte, das Amt auszuüben. Da nun hier oben noch ein kriegs-verwendungsfähiger Oberlehrer saß, wurde ich kurzerhand als Soldat entlassen oder vielmehr beurlaubt und bekam Marschbefehl auf die Schwäbische Alb. Lange wird die Geschichte nicht dauern. Ich denke nicht daran, länger als eine Woche hier oben sitzen zu bleiben. Für meine Abberufung Sorge ich schon. Ueber Sonntag komme ich nach Stuttgart, wir treffen uns vielleicht am Vormittag auf dem Parteibüro. Wie ich die Ereignisse abschätze, wird es nicht mehr nötig sein, sich allzusehr zu verstecken. Hier raucht allen denen, die Geld verdient haben im Krieg, und das sind nicht wenige, die Angst aus allen Knopflöchern. Macht's gut!“

„Nun gut, da haben wir das Blatt zusammen. Ich werde rasch die Zeitungen kaufen und dann noch einen kurzen Artikel über die Regierungsbildung gleich aus dem Kopf setzen. Den Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung hat Hartlaub schon behandelt!“

„Hol' die Zeitungen und gehe dann direkt in meine Wohnung zum Mittagessen. Ich komme in einer Viertelstunde auch. Hilde wird uns noch auf der Schreibmaschine einige neue Versandzettel schreiben“, ruft Ziller dem Davoneilenden nach.

Kleines Feuilleton

Ein Ueber-Blindeninstitut.

Ein Blindeninstitut, das bisher einzig in seiner Großartigkeit ist, wurde in Florenz eingeweiht. Es umfaßt einen Kindergarten, eine Schule, eine Gewerbeschule und ein Büro, das sich mit der Hilfe und Fürsorge für die entlassenen Blinden befaßt, und außerdem noch eine Druckerei, die schon sehr bedeutende Werke herausgebracht hat. Das Institut liegt in einem der schönsten und gesündesten Stadtteile. Das Gesamtgebäude umfaßt zwei Stockwerke. Im Hochparterre sind die allgemeinen Dienststränge untergebracht, die Druckerei und die Magazine, ferner die Ateliers, die Erholungsäle, die Kapelle, das Theater und das Refektorium. Im ersten Stock befinden sich die Büros, die Schule, die Bibliothek, das Museum. Im zweiten Stockwerk die Ruhesäle, die medizinischen Kabinette für alle möglichen Behandlungen und die Zimmer, die dem Hilfsdienststunden-Personal eingerichtet sind. Das Institut hat die Möglichkeit, 600 Blinde aufzunehmen.

Der Stüem leicht las!

Erzählung von Fritz Rück

5. Fortsetzung

„Die Hauptsache ist doch, daß du einen vom militärischen Standpunkt aus glänzenden Eindruck machst. Hinter dir wird keiner einen Spartakisten vermuten, der agitiert und Verbindungen herstellt. Du kannst wochenlang ohne Urlaubsschein herumlaufen in voller Uniform und keine Patrouille wird dich anhalten. Mit einem Wort: du bist der beste Mann, den wir finden könnten, um die illegale Arbeit unter den Soldaten zu organisieren. Sie wird nicht mehr lange illegal sein, wir rechnen kaum mehr mit Wochen, wir rechnen mit Tagen, bis der ganze Schwindel zusammenbricht.“

„In dieser Rechnung stimme ich dir zu. Unser Heer ist fertig. Jeder, der die Front kennt, sagt dasselbe. Aber ob ich gerade der richtige Mann für euch bin, ist sehr fraglich.“

„Aber Alfred, mache doch keine Zicken!“

„Ich denke nicht daran. Aber ich bin sechs Jahre aus der politischen Bewegung heraus, ich kenn mich im Exerzierreglement besser aus als in meinen geliebten Broschüren.“

„Die brauchen wir jetzt nicht. Alfred, wir machen doch jetzt keine Programme für die Monatsfeiern der Jugendorganisationen mehr,

wie vor sechs Jahren. Wir organisieren auch keine Diskussionsabende über das Thema „Darwinismus und Marxismus“. Wir wählen auf und bereiten eine Revolution vor. Wir stehen schon am Anfang dieser Revolution. Wir haben alle kein Rezept in der Tasche, wie man das macht, und wissen nicht, was nachher kommt. Nur das Nächste wissen wir: mit dem Krieg muß Schluß gemacht werden, mit dem ganzen Offiziersgelingen, den Schmerzbäuchen und Großkapitalisten ebenfalls. Daß der Kaiser weg muß, ist selbstverständlich. Dafür sind ja schon die Mehrheitssozialisten.“

„Gut, ich mache mit. Ich habe schon auf der Fahrt an dich gedacht und wollte in Stuttgart sofort zu dir kommen. Um so besser, daß wir uns schon jetzt getroffen haben.“

„Das ist herrlich. Ein Kerl wie du fehlt uns seit Monaten. In den Fabriken sind wir tüchtig vorwärts gekommen. Da wächst unser Einfluß mit jedem Tage. Aber die Soldaten müssen bearbeitet werden. Na, du wirst die Geschichte schon machen.“

V.

Otto geht direkt vom Bahnhof in die Druckerei. Draußen in Heselach haben sie sich in einem Keller eingemietet, die kleine

TARASSOFF-RODIONOFF SCHOKOLADE

Nach dem russischen Original angefertigt und ohne Änderungen übersetzt von Alexandra Ramm. Copyright by Franz Pleimert, Berlin-Wilmersdorf.

17. Fortsetzung

„Hier ist ein Beschluß des Untersuchungsrichters Werschlejew, daß der Gefangene zu befreien und die Sache selbst einzustellen sei, doch irgendwie kam es in meine Abteilung, während der Gefangene sitzt, schon bald über drei Monate nach diesem Beschluß.“

„So ist's richtig!“ sagt Sudin unberührt. „Schön. Lassen Sie's hier, ich will den Fall untersuchen.“ fährt sich mit den Fingern durchs Haar und scheint schon wieder in seine Akten versunken.

Walz durchzuckte eine Kühle.

„Das ist ja nur ein Augenblick Aufmerksamkeit, Alexej Iwanowitsch. Wollen Sie nicht hineinsehen? Der Beschluß ist ja hier, Sie haben es sicher schon gelesen, nur haben Sie vergessen eine Verfügung zu treffen. Schade um den Menschen, der schuldlos so lange schon sitzt.“

Wie freundlich, wie aufrichtig, einschmeichelnd ist ihre Stimme. Walz staunt über sich selbst: wer spricht nur aus ihr? Ihre Wimpern, wie Spitzen, erfüllten die Augen mit zärtlichem Schäum.

„Die ist schön wie ein Bildchen“, denkt Sudin. Unwillig wendet er sich ab von der Arbeit und dreht sich halb um zu der nahe bei ihm stehenden Walz.

„Sehen Sie!“ und die Mappe liegt schon vor ihm.

Ein lackierter rosiger Finger, wie ein dünner Streifen lebenden Porzellans, fährt über den Bogen.

„Ja, hier steht: Kann entlassen werden Untersuchungsrichter Werschlejew.“ Sudin seufzt mäde und schreibt mit frisch eingetauchter Feder an der Spitze des Bogens: „Die Sache ist einzustellen...“

„Wie heißt er?“

„Tschotkin.“

Ja, Tschotkin, er sieht es doch selbst.

„Tschotkin ist zu befreien. Sudin.“

Aber warum dieser Eifer von Walz? Er streift mit forschendem Blick ihre Augen. Er blättert die Sache, die kurz ist, noch einmal durch, er betrachtet wieder die Daten, Vermerke und Unterstreichungen, doch er kann nichts entdecken.

Die Sache ist richtig. Er findet keinen Grund zu einer Beunruhigung. Tschotkin sitzt aus zufälliger Vergeßlichkeit... Oder vielleicht ist er jetzt müde und müßte dann später noch einmal nachprüfen? Und es vorläufig hier lassen? er zweifelt...

Ins Zimmer stürzt Horst.

„Alexej Iwanowitsch!“ seine Hände zitterten. Die blauen Augen starren entsetzt.

„Kazmann ist ermordet!... Dagnis verwundet und Kazmann ermordet. Gleich bringt man sie her.“

Wie — ermordet?!... Alles begann vor Sudin zu kreisen. Er schrie auf wie ein er-wundenes Tier. Blitze scharfer und tzer Gedanken durchzuckten im Sturm seine Augen. Er stieß die Mappe vom Tisch in die Ecke auf eine liegende Flasche, die zu klirren begann, und stürzte zu Horst.

„Wie ermordet, wo?“

„Soeben klingelte mich vom Bahnhof Mitzewitsch, der Chef der Abteilung, an. Kazmann ist heute morgen bei einem Feuer-gefecht mit einer Anzahl S. R.'s in Osseni-kow ermordet. Dagnis ist verwundet. Ein S. R. ist gefallen. Die übrigen sind vorläufig entkommen. Die Gegend ist von unseren Truppen ungestellt.“

„Ach, diese Lumpen!“ wütend und saftig spie Sudin aus. „Diese Schurken!... Nur sag' doch, soll man diese Judasse nicht aus-

rotten?! Kazmann ermordet!... Abram gibt es nicht mehr! Ermordet!“ Sudin stöhnte tief und ermattet auf.

„Hat wohl zu früh riskiert, zu viel gewagt“, brummte er vor sich hin. „Horst, wie schade, wie schade um Kazmann! Abram gibt es nicht mehr!“ Sudin konnte sich gar nicht beruhigen.

Horst schwieg mit verbissenen Lippen.

„Na warte! das sollen sie büßen! Ich fahre sofort zum Bahnhof, und Sie setzen schnell ein Telegramm auf nach Moskau, eine Kopie an das Z. K., ich werde es gleich unterschreiben. Ja, man muß Ignatjew anrufen, wo ist Fomin? ... Und geben Sie mir gleich eine Liste der Verhafteten. Hundert werden liquidiert als Leichenschmaus! Der arme Abram!... ihr Teufel sollt es erfah-ren, was es heißt, Arbeiterführer zu morden!... hier sind einige Sachen...“

Rasend vor Wut schleudert Sudin die Mappen vom Tisch. „Keinen entlassen! Den Terror beantworten wir durch Terror; für die Person soll es die Klasse treffen!“

Walz Herz erstarrte vor Kälte. Die Ermordung Kazmanns, der plötzliche Ausbruch solcher Wut Sudins erschreckte sie. Und dazu noch die hingeschleuderte, in den allgemeinen Haufen geratene Mappe mit Tschotkins Akten. „Ist hier etwa auch ein Reinfall?... Wegen eines dummen Zufalls?... Wo alles so nahe am Ziel ist!“ Walz klapperte laut mit den Zähnen.

Wie ein mächtiger rasender Wirbelwind tobte Sudin zur Tür hinaus. Bedrückt und schweigsam begann Horst die auseinander-gestobenen Papiere aus allen Ecken aufzu-sammeln.

„Hier ist eine von mir“, sagte Walz und ergriff den Rand der vertrauten Mappe.

„Er sagte, es solle alles liegen bleiben!“

„Aber hier ist eine Resolution, die er unterschrieben hat! Das ist eine alte Sache. Es geht doch wirklich nicht an, wegen eines blinden Zufalls bereits schon befreite unschul-

dige Menschen wieder zu ergreifen und zu ermorden!“

Sie nahm entschieden die Mappe aus Horst's Hand und ging aus dem Zimmer. „Jetzt nur schnell, daß nicht wieder etwas geschieht, was die Sache verhindert“, sie lief direkt zu Schalenko.

„Konstantin Konstantinowitsch! Schreiben Sie mir doch schnell eine Ordre aus: Sudins Resolution ist dabei. Aber bitte, mit einer Kopie. Dort unten wartet die alte Mutter des Befreiten, ich will sie erfreuen!“

„Wozu denn eine Kopie. Das ist doch nicht üblich. Befreit und genug!“

„Nun, was macht das Ihnen aus? Tut Ihnen ein Stückchen Papier leid?!... Wie sind Sie so böse! Ich hatte Alexej Iwanowitsch gefragt, er hat es erlaubt“, sie wurde vor Erregung rot bis über die Ohren.

„Na, schon gut“, nickte Schalenko, „ich werde es schon machen, warten Sie einen Moment! Nur umsonst, Elena Walentinowna, haben Sie mit diesem Mitleid. Jetzt haben sie Abram Moissejewitsch ermordet. Wie schade um den Armen! Das war ein guter und ehrlicher Mann! Und wie hat er gearbeitet!...“

Aber Elena erträgt kaum die sie wie Nadeln Stechende Ungeduld: nur schnell, es ist gleich ein Uhr!

Endlich ist alles bereit. Sie rennt keuchend und stolpernd, vorbei an verangelteten Fenstern, an zerschossenen Fenstern, an herab-hängenden Schildern, an Herrenmoden-anstarren wie Augenschlitze ausgetrockneter Schädel.

Hier ist endlich das Haus, das die Stille der krepieren Straße mit den wenigen Menschen, die wie Würmer herumkriechen, über-wacht. Im Flug durch die nasse und glatte Treppe zur dritten Etage.

Tschotkin selbst kommt ihr entgegen und blitzt ihr mit den scharfen und struppigen Augen die Frage zu:

„Nun, was ist?“

Neumünster

Klassenjustiz. Zum zweiten Mal stand vor dem Schöffengericht Neumünster der sogenannte Sturm auf das SA-Heim im Juli 1931 zur Verhandlung. Die Anklage richtete sich gegen die KPD-Leute Rahlf, Muß und Beck. Die Verhandlung war derzeit von der Hauptverhandlung abgetrennt. 24 Zeugen waren aufmarschiert. Trotzdem vor Gericht eindeutig festgestellt wurde, daß das Steinbombardement von Seiten der Nazis begonnen wurde, der Widerstand der KPD-Leute also erst ein in ihrem Interesse liegender Akt der Notwehr war, erkannte der Staatsanwaltschaftsrat Dr. Bohmeyer auf Landfriedensbruch. Das Gericht urteilte entsprechend, was im Hinblick auf den ersten Prozeß nicht verwunderlich ist. Rahlf erhielt acht Monate Gefängnis, Muß und Beck wurden freigesprochen.

Elmshorn

Eröffnung des Preußenwahlkampfes in Schleswig-Holstein! Nach Beendigung des imposant verlaufenen Bezirksparteitag des Bezirks Norden sprach am Abend in einer gut besuchten öffentlichen Wählerversammlung im „Carlstal“ der Spitzenkandidat für den Wahlkreis Schleswig-Holstein für die Landtagswahlen, Genosse Max Seydewitz. Die Parteibürokratie der SPD sowie der KPD übten Sabotage. Die Versammlung wurde durch einen Einmarsch des SJV eröffnet. Seydewitz schilderte äußerst temperamentvoll die augenblickliche wirtschaftliche und politische Lage. Die Arbeiterschaft hat vom Parlament nichts zu erwarten. Sie darf das Parlament nur als Tribüne zur Werbung für den Klassenkampf, zur Aufrufung der Mobilisierung der Klassenfront benutzen. Die einzige proletarische Kraft sind die außerparlamentarischen Aktionen. Diese Aktionen dürfen aber nicht ausgehen von einer Partei, wie es von der KPD gepredigt wird, sondern von der ganzen Klasse. Führen wird die Partei, die im Kampfe um die Tageslösungen und -aktionen sich als Führer erweist. In diesem Sinne wird die SAP in den Preußenkampf treten für ihre Liste 18: Max Seydewitz — Otto Muhr.

Düsseldorf

Arbeitersekretär Arthur Hauck gemäßregelt? In diesen Tagen ging in Düsseldorf das Gerücht um, daß die SPD-Gewerkschaftsbürokratie den bis weit über die Grenzen Düsseldorfs hinaus bekannten und geschätzten Arbeitersekretär Arthur Hauck entlassen habe. Nunmehr behauptet sich das Gerücht, Hauck sei zum gesetzlichen Termin gekündigt worden. Sollte sich dieses Gerücht bewahrheiten, so wäre das eine Provokation der Düsseldorfer Arbeiter und Gewerkschaftler. Schon lange ist uns bekannt, daß Kräfte am Werk sind, Arthur Hauck zu beseitigen. Erst im November äußerte ein SPD-Gewerkschaftsführer: „Die politische Einstellung Haucks (man vermutete, daß Arthur Hauck zur SAP hinneige) würde ihm seine Stellung kosten“. Soeben erfahren wir von einer dem Ortsausschuß des ADGB nahestehenden Stelle, daß tatsächlich die Kündigung Arthur Haucks am 1. April ausgesprochen wurde, angeblich aus finanziellen Gründen. Ein SPD-Gewerkschaftsführer habe aber erklärt, der Ortsausschuß habe jetzt im Auftrage des ADGB so große und kostspielige Ausgaben, z. B. für die Eisernen Front, daß man sich die Aufrechterhaltung des Arbeitersekretariats nicht mehr erlauben könne. Gewerkschaftler, merkt ihr, wohin die Reise geht? Arthur Hauck war es, der tausenden armen Teufeln, die in die Gesetzesmaschine geraten waren, beistand, der ungezählten Proleten mit ihren Familien zu ihrem Recht verhalf, der immer Hilfsbereite, Unermüdete, der jeden Tag bis in die späten Nachtstunden für die Opfer der heutigen Gesellschaftsform und der Brüning-Notverordnungen arbeitete. Nun opfert man ihn der „Eisernen Front“, die Brüning zu stützen und Hindenburg zum Siege zu führen hat, dieselben also, die durch ihre Notverordnungen erst diejenigen zu Opfern machten, denen Arthur Hauck zu helfen hatte. Gewerkschaftler, laßt euch das nicht gefallen! Es muß die Möglichkeit bestehen, den Aemtern der Armen Arthur Haucks Arbeitskraft zu erhalten.

Hannover

In einer Konferenz der Genossenschaftsangehörigen im ZDA berichtet ein Mitglied der Hauptverwaltung über die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland im allgemeinen und die Lage bei den Konsumgenossenschaften im besonderen. Anschließend gab der Gauleiter Kühne die Änderungen im neu abgeschlossenen Manteltarif bekannt, der leider Verschlechterungen in bezug auf die Urlaubsdauer gebracht hat. Ein eigenartiges Bild zeigte die Aussprache. Von mehreren Seiten wurde kritisiert, daß die Tarifbestimmungen über die Arbeitszeit nicht durchgeführt wurden. Auch im Konsumverein liegt das vieles im Argen. Den Angestellten raten wir, ein bißchen mehr Aktivität zu entwickeln und auf strenge Durchführung der tariflichen Bestimmungen zu achten. Wenn der Tarif schon in den Genossenschaften nur auf dem Papier steht, wie soll es da im privaten Einzelhandel aussehen? Zda, ran an die Arbeit!

Leipzig

Naziüberfall am Volkshaus. Am Montagabend gegen 10 Uhr kam ein Trupp Nazis, ungefähr 70 Mann, am Volkshaus vorbei. Im Vorbeigehen schlugen sie ohne Grund auf einen am Eingang auf einem Mauervorsprung sitzenden Arbeiter, sicher mit einem harten Gegenstand, ein, so daß dieser bewußtlos zusammenbrach. Unbehelligt konnten die Nazis weiterziehen.

Mitgliederbewegung der KPD in Mitteldeutschland

Ein starker Stützpunkt der KPD war die kommunistische Bewegung in Mitteldeutschland. Man erinnert sich daran, daß nach dem Spaltungsparteitag in Halle die Parteiorganisation der USPD sich in Mitteldeutschland fast restlos der KPD anschloß. Die Bezirksorganisation der KPD erhielt dann ihren schwersten Stoß durch den mitteldeutschen Aufstand, den man mit Recht die Marneschlacht des Kommunismus genannt hat. Die starken Mitgliederverluste waren aber zum Teil in den nachfolgenden Jahren wieder wettgemacht worden. Aus dem „Bolschewistischen Kurs“, dem Funktionsorgan der KPD, kann man nunmehr erfahren, daß die gesamte Bezirksorganisation nur noch 13 825 Mitglieder zählt. Die Stadtorganisation Halle hatte im Januar 1931 nur 2111 Mitglieder. Sie hat im Laufe eines Jahres unter Berücksichtigung der Abgänge ganze 77 Mitglieder gewonnen, so daß sie im Januar 1932 2188 Mitglieder zählte. Leider läßt sich aus den aufgeführten Zahlen die Mitgliederfluktuation nicht genau ersehen. Der Stadtteil Ost, der im Januar vorigen Jahres 561 Mitglieder hatte, verlor allein 189 Mitglieder.

Die Entwicklung der Mitgliederbewegung in den Unterbezirken ist zum Teil katastrophal. Der Unterbezirk Sangerhausen zählte im November 1931 414 Mitglieder und verlor im Laufe von drei Monaten 62 Mitglieder. Das

gleiche Bild zeigen die Unterbezirke Torgau und Mansfeld. Den größten Mitgliederverlust hat der UB Torgau mit 141 Mitgliedern.

In den Betrieben ist die zahlenmäßige Stärke der Kommunisten äußerst schwach. Der „bolschewistische Kurs“ führt zwar nur einige wenige Betriebe an. Diese Tatsache läßt aber auch bereits einen gewissen Schluß zu. Aus der Aufstellung ergibt sich folgendes:

Betrieb	Beleg-Organis.	RGO-schaftsz.	Komm. Gruppe
Leunaer Kohlenwerke	550	10	8
Gummiwerke Elbe	1050	18	52
Walters Hoffnung	650	27	38
Aluminium Bitterfeld	289	19	—
Eisenbahn Halle	3000	46	23
Wolfsschacht	3800	52	—
Grube Golpa	547	5	14

Die Zahlen sprechen für sich. Wo bleibt da das Aufgebot der Hunderttausend? In welchem Verhältnis steht das Marktschreierium zu diesen bescheidenen Zahlen? Die KPD hat bisher nur den Nachweis erbracht, daß sie zwar Augenblickserfolge erringen kann, daß sie aber nicht in der Lage ist, einen beständigen, sich immer steigenden Einfluß auf die Arbeiterschaft auszuüben und die proletarische Klasse in Deutschland zur Revolution zu führen.

Warum flüchtet Schönradt zur SPD?

Unter der Ueberschrift: „Flucht aus den Reihen der SAP“ veröffentlichte Genosse Schönradt einen Artikel in der „Leipziger Volkszeitung“, worin er seinen Uebertritt begründet. Die Gründe aber, die er zur Rechtfertigung dafür anführt, glauben wir, der Arbeiterschaft von Holz-Zuckelhausen zeigen zu müssen. Zwei Gründe führt er an. Die Reichspräsidentenwahl und die „Unterdrückung“ der Meinungsfreiheit auf dem Parteitag. Zur Reichspräsidentenwahl ist Sch. der Meinung, man müsse Hindenburg wählen. Wir erinnern uns noch sehr gut einer Wahlversammlung, in der er zu den Kommunisten sagte: „Ihr wollt doch gar nicht, daß wir Thälmann wählen, aber wir wählen Thälmann trotz alledem.“ Und jetzt geht er zu der Partei zurück, die, wie Sch. in einem Flugzettel schrieb, „arbeiterfeindliche Maßnahmen schluckt und die Massen zu den Kommunisten und Faschisten treibt“.

Wir sehen also, daß diese Gründe, welche Sch. zu seiner Rückkehr angibt, gar keine Bedeutung haben. Wenn er wahre Gründe angeben wollte, so hätte er schon zumindest grundsätzliche Stellung zur SAP nehmen müssen. Das kann er aber nicht, wenn er zu der Partei zurückkehrt, deren Kurs ein falscher ist, wie er in einem Artikel der Südostlandgruppenzeitung schreibt. An anderer Stelle schreibt er dann: „... Die Brüning-Regierung die Meisterin der Notverordnungen, wird von der größten Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie, unterstützt, toleriert. Sie, die Sozialdemokratie, ist also mit verantwortlich an der Ausbeutung des Proletariats.“ Und vor nicht langer Zeit sagte er in einer Diskussion mit SAJ-Mitgliedern, daß die SPD eine falsche Stellung gegenüber der Krise und der politischen Lage einnimmt.

In einer Diskussion warf Sch. dem Redner der SAJ vor, daß große Teile in der SPD nur Politik um Geld machen würden, worauf der Genosse der SAJ antwortete, nur wenige würden Politik um Geld machen. Aber wir wollen ja nicht darüber streiten, ob es viele oder wenige sind. Jedenfalls hat auch dieser Genosse zugegeben, daß es Konjunkturpolitiker in der SPD gibt. Nun ist auch Sch. einer geworden. Ich würde es gar nicht anführen, wenn Genosse Sch. mir persönlich nicht gesagt hätte:

„Ich bin lediglich aus wirtschaftlichen Gründen übergetreten.“

Aber warum dann erst so große Aufregung und „politische“ Begründungen in der „L. V.“? Genosse Sch. war es, der nach der Gründung der SAP als erster die SPD und den SAJ verließ. Den Gruppen der SAJ Holzhausen und Liebertwolkwitz legte er damals eine Resolution vor, worin er sämtliche Genossen aufforderte, sich dem SJV anzuschließen. In Liebertwolkwitz waren es 50 Prozent, in Holzhausen 70 Prozent, die zum SJV übergetreten sind. Und heute fordert er „alle die zahlreich enttäuschten Mitglieder der SAP auf, mir zu folgen“.

Wir vom SJV und der SAP werden auf jeden Fall diesen törichten Schritt nie tun. Wir sind keine Geschäftspolitiker. Wir kämpfen in der SAP und im SJV für die Einheitsfront, für die proletarische Revolution!

Ein jeder Prolet gehört in die SAP und den SJV. Wir sind der Stoßtrupp der Revolution, und du, Prolet, mußt mit!

Sozialistischer Jugendverband.
I. A.: Alfred Döhler.

Tragödie aus einem „Volksstaat“

Plauen, 5. April 1932.

„Gestern in den frühen Morgenstunden hat sich ein an der Mammenstraße wohnhafter 60 Jahre alter Werkmeister mit seiner 47 Jahre alten Ehefrau in seiner Wohnung mit Leuchtgas vergiftet. Wirtschaftliche Sorgen, hervorgerufen durch längere Arbeitslosigkeit, sind der Grund zur Tat gewesen.“

„Überall begrüßten die Massen der Bevölkerung den Heerbann des Volksstaats.“

Beide Nachrichten stehen in der heutigen Nummer der Volkszeitung für das Vogtland — und zwar beide auf einer Seite. Der letzte Satz ist dem Bericht über den Aufmarsch der Eisernen Front am Sonntag entnommen. Die über ihm stehende Nachricht des Polizeiamtes Plauen ist eine kleine Miniaturaufnahme aus eben diesem selben Volksstaat, der da angeblich so begeistert begrüßt worden sein soll.

Der 60jährige Werkmeister bezog seit drei Jahren Wohlfahrtsunterstützung. 13,85 Mark pro Woche. Die Frau verdiente mit Spitzenzäckelei in Heimarbeit einige Pfennige dazu, manches Mal nicht mehr als eine Mark in der Woche.

Verdienste der Ehefrau muß der „Wohlfg“-Empfänger beim Wohlfahrtsamt angeben. Der Werkmeister tat's nicht, ob aus Nachlässigkeit oder weil er glaubte, auf die paar Pfennige komme es doch nicht an, oder weil er hoffte, nicht erwischt zu werden, wer weiß es? Erwerbslose sind dem Hauswirt selten angenehme Mieter. So lag denn eines Tages eine Anzeige über den Werkmeister Z. beim Wohlfahrtsamt.

Also kam ein „Erörterer“, den Tatbestand aufzunehmen. Er hinterließ die Mitteilung, daß ein Bescheid zugestellt werde. Das war am Mittwoch. Am Sonntag wollte der Werkmeister Z. seine Unterstützung vom Wohlfahrtsamt holen. Sie war gesperrt. So ging er — es war bereits 12 Uhr — in die Regi-

stratur, wo ihm von Beamten mit barschen Worten eröffnet wurde, daß er am Montag sowieso „geholt“ würde.

Der Sinn dieser Worte war reichlich dunkel. Vielleicht meinte der Beamte, daß dem Werkmeister eine Aufforderung zugestellt werde, vor dem Wohlfahrtsamt zu erscheinen. Der Erwerbslose sah im Geiste vor sich Uniformen und blitzende Tschakos, sah, wie er „abgeholt“ wurde. Jedenfalls war er sich im klaren darüber, daß er nach den Gesetzen des „Volksstaates“ bestraft werden würde. Wegen Unterschlagung.

Da öffnete er in der Nacht den Gashahn und zwei Menschen, für die der „Volksstaat“ weder Arbeit noch menschenwürdiges Dasein zu geben hat, waren am Morgen des Sonntags Leichen, die die Kriminalpolizei zusammenschaltete und nach der Leichenhalle transportieren ließ.

Auf dem Altmarkt zu Plauen aber präs am Nachmittag desselben Tages der ehemals „linke“ Kurt Müller-Planitz diesen „Volksstaat“ und führte folgendes aus:

„Die Arbeiterschaft verteidigt den Platz, auf den sie vor einem Jahrzehnt ihren Besten stellte, Friedrich Ebert, der für das Vaterland zwei Söhne im Felde opferte, der mehr für sein Vaterland tat als jene Landsknechte und Schimpfbolde...“

Ein Vaterland, das für Millionen von Arbeitern kein Brot und keine Existenz hat? Friedrich Ebert, der „Beste“ der Arbeiterklasse!

„Die Arbeiter haben kein Vaterland, man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben“, sagt Karl Marx.

„Ich hasse die soziale Revolution wie die Sünde!“ sagte Friedrich Ebert.

Arbeitslose, die ihr alle Gashahnspiranten seid, zieht daraus die erforderlichen Schlüsse!

Die rote Ruhrjugend tagt

Die Delegierten des Sozialistischen Jugendverbandes, Unterbezirk Bochum, hatten sich am vergangenen Sonntag im Naturfreundenheim in Weiper eingefunden.

Der Organisationsbericht des Genossen Steinke, ergänzt durch die Berichte der einzelnen Gruppenführer, zeigte, wie sehr wir auf dem richtigen Wege sind. Nichts soll uns davon abhalten, die Jugend im revolutionären Sinne zu erziehen, und wenn es in kleineren Gruppen in Privatwohnungen geschehen muß.

Den Bericht von der Reichskonferenz gab Genosse Hoose: Öffentlich und unter Teilnahme von Jugendlichen der KJ und der SAJ fand in Dresden die erste Reichskonferenz des SJV statt. Glänzend war in den paar Monaten des Bestehens im Reich der organisatorische Aufbau vollzogen worden. Rund 10 000 Mitglieder sind organisatorisch erfaßt. Die brennenden politischen Probleme wurden heiß debattiert nach den Referaten der Genossen Zwilling und Seydewitz. So herrschte auf dieser Konferenz ein ganz anderer Geist, als es sonst auf den Reichskonferenzen der SAJ der Fall war. An die Ausführungen des Genossen Hoose schloß sich eine lebhaft Diskussion an. Seine Haltung auf der Reichskonferenz wurde einstimmig gebilligt.

Nach den Preußenwahlen sollen im Unterbezirk mehrere Jugendversammlungen durchgeführt werden. Außerdem werden in Bochum zentrale Erwerbslosenkurse stattfinden. Geeignete Genossen und Genossinnen aus den verschiedenen Gruppen sollen zu Agitprop-Gruppen zusammengesetzt werden. Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Grete Weber, Horne; 1. Kassierer: Willi Steinke, Bochum; 1. Schriftführer: Ewald Beilmann, Witten-Heven; Beisitzer: Hedwig Hillemann, Bochum-Dahlhausen, Werner Heine, Hattingen.

Die Genossen Hillebrand, Daniel und Heine wurden außerdem noch als Obleute für die Werbearbeit bestimmt.

Dessau

Die Eisernen Front marschiert. Die Kammerleitung hatte im ganzen Unterbezirk Anhalt I aufgerufen, und 530 Vierer-Reihen zählte der geschlossene Zug beim Abmarsch vom Markt. Also gut 2000 Demonstranten. Ob der Leitung nicht doch Bedenken kommen, wenn sie Vergleiche mit früher anstellt? Die Arbeiterschaft muß, auch gegen den Willen der Führer, zur Einheitsfront kommen.

In einer Mitgliederversammlung der Eisenbahner behandelte der SPD-Finanzfachmann, Rentmeister Röder, das Thema: „Wo bleiben unsere Steuern?“ Es war ein auf sehr hohem Niveau stehendes Referat. Unser Genosse Kreisel trat in der Debatte sehr wirkungsvoll auf, so daß der „linke“ Piplak und der Referent sich nochmals bemühen mußten. Besonders Piplak gebrauchte eine Formel, die die ganze Zerfahrenheit in diesem Lager kennzeichnet. „Diktatur des Proletariats“, jawohl, aber erst nach 51 Prozent aller Stimmen!“

Zeitz

So sabotiert die KPD die Einheitsfront! Die SAP-Ortsgruppe Zangenberg (Landkreis Zeitz) und die dortige Ortsgruppe der KPD sowie der Erwerbslosenausschuß hatten für Dienstag eine öffentliche Versammlung einberufen. Als Referenten waren angekündigt: Gen. Agricola (SAP) und Gen. Wagenbreth (KPD). Thema: „Gegen Lohnabbau und Unterstützungseraub“. Vor Eröffnung der von beiden Parteien und etlichen SPD-Arbeitern gut besuchten Versammlung gab ein auswärtiger Kommunist, anscheinend unter Druck der Bezirksleitung der KPD, die Erklärung ab, daß sie als Kommunisten mit der SAP keine gemeinsame Veranstaltung durchführen könnten, da die SAP eine konterrevolutionäre Partei sei und von Otto Wels durch Max Seydewitz ins Leben gerufen worden sei, um die Arbeiter von den Kommunisten abzuhalten. Die Zangenberger KPD-Genossen mitsamt ihrem Vorsitzenden, der doch die gemeinsame Veranstaltung mit vorbereitet hatte, saßen wie die begossenen Pudel da. Unter den anwesenden Arbeitern herrschte über dieses unerhörte Vorgehen begriffliche Erregung. Selbst Kommunisten erklärten offen, daß sie diese Sabotage mißbilligen. Die SAP wird in Zangenberg in den nächsten Tagen eine öffentliche Versammlung abhalten und den Kommunisten die Möglichkeit geben, ihr ultralinkes Verhalten vor der Arbeiterschaft zu rechtfertigen.

Zwickau

Wahlhochbetrieb. Die Eisernen entfaltet Hochbetrieb. Bereits am Sonntag marschierte sie zu einer Kundgebung auf, für die schon vorher im „Volksblatt“ die Teilnahmehiffer auf 20 000 festgelegt war. Marschiert sind aber genau 3500 Mann. Bemerkenswert war, daß an diesem Aufmarsch alle die kleinen und größeren Bönzchen, die in früheren Zeiten bei Aufmärschen der Arbeiterschaft ihren Popo geruhsam zu Hause oder in irgendeiner Kneipe ausruhten, m.ampelten. — Die KPD regte sich auch. Ein Umzug ging einer öffentlichen Volksversammlung voraus, in der ein ehemaliger Stadtrat aus Meerane sprach: „Warum Thälmann auch im zweiten Wahlgang?“ Die Versammlung war gut besucht. — Für unsere Genossen liegt die Parole klar. Es ist ein Kampf, Klasse gegen Klasse. Und da fällt keinem die Entscheidung schwer.

Falkenstein i. V.

Die SJV-Ortsgruppe veranstaltet 7. April (Donnerstag), 20 Uhr, im Jugendheim, Goethestraße, einen öffentlichen Unterhaltungsabend. Die Parteigenossen vom Orte sowie aus der Umgebung werden aufgefordert, die Jugendlichen für diese Zeit bereitzuhalten.

Sportschau der SAZ

FS. Fichte und ASV. Wedding am Start

An Sonntag, dem 7. April, standen sich in der Turnhalle des Friedrich-Heugymnasiums, Mittelwälder Str., beide Vereine in einem Klubkampf gegenüber. Punkt 3 Uhr marschierten ca. 120 Sportler in die Halle und zeigten eine Laufstunde und Zweckgymnastik. Dann wickelten sich in bunter Reihenfolge die einzelnen sportlichen Programmpunkte ab, bei denen der Erfolg wechselte. Die Staffeln, mit Ausnahme der Frauenpostelstaffel, holte sich Wedding, wogegen Fichte im Hochsprung und Frauen-Schwimmrennen die Punkte für sich sammeln konnte. Darbietungen der Kinder lösten helle Freude bei den anwesenden Eltern aus. Leider waren nicht sehr viel Zuschauer erschienen, was darauf zurückzuführen war, daß den Vereinen zur Vorbereitung nur kurze Zeit zur Verfügung stand. Das Endresultat war 100 Punkte für Fichte und 108 Punkte für ASV. Wedding.

Serienspiele im Bezirk Zwickau

Außer der programmmäßigen Fortsetzung der Serienspiele kamen noch zwei interessante Freundschaftsspiele zur Durchführung. Der Bezirksmeister Niederrhoda Blau hatte den Meister des 5. Bezirks, Rasensport Döbeln zu Gäste, den er vermöge durchschlagkräftigeren Sturmes mit 8:4 abfertigen konnte. — Crimmitschau unterlag gegen Gera-Untermhaus (5. Kreis) wiederum mit 1:3. Schwache Innenstürmerleistungen der Crimmitschauer ließen kein besseres Ergebnis zu.

Die Serienspiele brachten als interessanteste Begegnung die Vize-Lager mit den Bewerbern der Favoriten zusammen. Neitzschkau vermachte auch Vielau einen kostbaren Punkt abzunehmen. Resultat 2:2. — Neukirchen schlug Wilkau mit 4:1, was zweifellos als Überraschung zu werten ist. Die Wilkauer haben aus den Erfahrungen der früheren Spiele auf Neukirchner Platz immer noch nichts gelernt. — Plauitz-Zwickau brachten es durch mangelhafte Stürmerleistungen nur zu je einem Treffer. Zwickau sogar nur durch Elfmeter. — Casandorf raffte sich gegen Eberbrunn gewaltig zusammen und konnte durch einen 4:1-Sieg überzeugen. Eberbrunn brachte es wider Erwarten noch nicht zu einem Punktgewinn. — Nach Zwickau mußte sich auch Marienhal von der aufstrebenden Nordmannschaft die Punkte entfahren lassen. Ergebnis 2:7. Nord gewann verdient, wenn auch nicht in dieser Höhe.

Pöblau-Härtensdorf trennten sich 1:1. Mulsen-Jacob holte gegen Mulsen-Nicola ein beachtenswertes 3:3-Ergebnis heraus. Wiesenburg hätte bei etwas Glück gegen Friedrichsgrün gewinnen können. Resultat 1:2. Lengenfeld unterlag Stolpeis überraschend hoch mit 3:6. Rottschau vermochte gegen die ehemalige 1. Klasse Mylau ein schwer erkämpftes 3:2 herauszuholen. Nachdem Mylau gegen die Nachbarvereine Reichenbach und Netzschkau höchst beachtenswerte Resultate erzielt hat, überrascht das jetzige Abschneiden allgemein. Bei den Treffern Brockau-Schönfels und Lichtenhain-Grün waren auffallend die Gäste mit je 15 Toren Unterschied die Sieger.

Spieler der letzten Mannschaften: Vielau II-Netzschkau II 4:2; Wilkau II-Zwickau-Süd II 3:1; Oberhörsdorf II-Wilkau II 1:6; Reinsdorf II-Reichenbach II 7:4; Casandorf II-Eberbrunn II 3:1; Marienhal II-Zwickau-Nord II 1:1; Vielau III-Zwickau-Süd III 3:1; Plauitz III-Eberbrunn III 2:3; Härtensdorf III-Friedrichsgrün III 4:6; Niederhalla II-Niederhalla III 5:2; Niederhalla III-Döbeln II 2:5; Crimmitschau II-Neukirchen II 0:2.

Jugend: Fraureuth-Lichtenhain 0:1; Vielau-Netzschkau 1:3; Reinsdorf-Oberhörsdorf 4:0; Niederhalla-Zwickau-Süd 5:1; Crimmitschau-Neukirchen 2:0.

Kabalen: Marienhal-Zwickau-Süd 2:1.

Sächsische Handballresultate

Handballspport.
Bezirk Leipzig. Vorw.-Wurzsch-Zoplia 8:8. Ostvorstadt-Lindenu 11:8. Grotzsch-Schönefeld 7:3. Südwest-Rubritsch 10:5. Paunsdorf-Eilenburg 10:6. Gohlis-Mockern 14:1. Vorw.-Süd-Südost 6:2. Mockau-Lindenthal 2:3.

Bezirk Dresden. Schwimmer-Neustadt-Klotzsche 5:3. Striesen-Pieschen 3:5. Dresden-Süd-Obersteina 5:6. Wachwitz-Altstadt 0:6. Friedrichstadt-Radeberg 13:5. Fortschritt-Coschütz 4:10. Pulsnitz-Lichtenberg 4:4. Plauen-Königsbrück 10:0. Reichenberg-Moritzburg 15:0. Leuben-Südost-Coschütz 7:1. Reichsbanner-Welschhufe 2:6. Rähnitz-Kaditz 13:10. Großbrüderdorf-Demitz-Thumitz 2:6. Neustadt Sportler-Kötzschenbroda 10:3.

Bezirk Oberlausitz. Leutersdorf-Zittau 8:0. Neugersdorf-Ebersbach 1:0. Lobau-Reichenbach 4:3. Neukirch-Schwimmer Altstadt-Ost 5:5. Demitz-Thumitz-Seiffenberg 1:5. Bautzen-Kreuschwitz 3:3. Bautzen-Gablenz 3:15. Neukirch-Kirschau 4:1. Demitz-Thumitz-Ohorn 2:0. Ebersdorf-Neugersdorf 2:1. Ebersdorf-Neugersdorf 2:1. Ebersdorf-Lobau 5:1. Seiffenberg-Kirschau 3:1.

Bezirk Mittelde. Leisnig-Hartha 4:0. Leisnig-Waldheim 6:8. Niedertriedt-Bauchitz 3:2. Sormitz-Liepnitz 4:1. Siebenlehn-Grüma 7:1.

Bezirk Erzgebirge. Aue-Beierfeld 9:0. Pöhl-Schneeberg 10:3. Altfalter-Neustadt 3:11.

Bezirk Freital-Freiberg. Potschappel-DBV 15 5:6. Deuben-Döhlen 11:3. Rabenau-Tharandt 4:3. Burg-Klein-Neundorf 1:8. Niederhalla 1b-Birkigt 5:6. Coßmannsdorf-Gauernitz 3:9. Gittersee-Niederpostwitz 4:2.

Fußball im Bezirk Pirna

Zschachwitz I-Heidenau I 6:3 (4:1). Das Spiel war leider reichlich hart. Zsch. erlucht durch Eifer einen schönen Sieg, wohingegen H ein laues Spiel lieferte; besonders der Sturm verpaßte manche Chance.

Heidenau II-Helios II 2:1. Zschachwitz III-Heidenau III 7:2. Heidenau IV-Oberpostwitz III 1:2. Lockwitz A-II-Heidenau A-H 4:1. Lockwitz 1. Jgd. gegen Heidenau 1. Jgd. 0:5.

Handball

Pirna III-Heidenau III 0:9. Dohna Schüler-Heidenau Schüler 0:4.

Serien-Gerätewettkämpfe im Bezirk Plauen i. V.

Die Serie in den Gruppen ist beendet, die besten Riegen sind festgestellt, die Ergebnisse können befreitigen. Am 10. April werden nunmehr die bestbesetzten Mannschaften ermittelt werden. Das Treffen findet in Oelsnitz im Vogt. statt. Bei den diesjährigen Kämpfen waren in der A-Klasse 6 Riegen, in der B-Klasse 16, in der Jugendklasse 5 und in der Altersklasse 3 Riegen, zusammen 30 Riegen gemeldet worden. Viele Interessenten waren Zeuge spannender Wettkämpfe. Um die Bezirksmeisterschaft werden sich in der A-Klasse Falkenstein-Plauen und MTV. Oelsnitz-Brunndöbra gegenüberstehen. In der B-Klasse kämpfen Rodewisch-Plauen und Raschau-Klingenthal; in der Jugendklasse stehen sich Falkenstein-Weischlitz-Klingenthal gegenüber.

Thüringer Resultate

Nobitz I-Wintersdorf 3:5; Crottenlaide-Zielsen 3:3; Turnerbund I-Vorwärts 1:2; Meuselwitz-Rositz 0:1. Ein unverdienter Sieg des Thüringer Meisters. MTV. Kriehitzsch-Ponitz 4:1; Ehrenhain-Lucka 7:2; Treben-Palke 3:1; Zschau-Hagenes 2:0; Friesen-Thüra 2:2; Ehrenhain II-Lucka II 4:1; Nobitz Jgd.-Lucka Jgd. 1:2; Treben II-Falke II 0:5; Treben Kna.-Thüra Kna. 0:3; Crottenlaide II-Zielsen II 4:1; Crottenlaide III-Zielsen III 1:7; Meuselwitz II-Rositz II 1:1; Meuselwitz III-Rositz III 2:2; Meuselwitz Jgd.-Rositz Jgd. 0:0; Friesen II-Thüra II 2:0; Friesen Jgd.-Zielsen Jgd. 0:5; Meuselwitz IV-Vorwärts III 0:9; Zielsen Jgd. IV-Ponitz II 1:7. Sämtliche Spiele waren Serienspiele.

Bezirk Gera: Pforten-Leumnitz 6:4; Zwitzendorf-West 1:5; Schmölln-Pforten II 3:0; Wüstenberg I-Liebschwitz I 5:2; Weida-Triebes 2:3; Stadtmannschaft Greiz A-B 7:3; Kurischau-Aubachtal 3:3; Gera-Untermhaus-Wacker-Crimmitschau 3:1.

Bezirk Erfurt: Saxonia-Erfurt-Sportfreunde Sömmerda 3:3; Lungensalza-Fr. T. Erfurt 4:6; Stadfilm-SC. Dornfeld 3:4; Altenfeld-Unterhörnitz 1:2; Langewiesen-Großbrettenbach 1:1; Gehren-S. Vg. Immenau II 4:0; Immenau I-Gräfenroda 5:3.

Bezirk Jena: Eisenberg-Stadtmannschaft Jena 2:1; Weimar-Apolda 3:1; FSV. Jena-SV. Apolda 2:1.

Bezirk Salzungen: FSV. Eisenach-Fr. T. Eisenach 11:0; Salzungen-Kloster Allendorf 3:2; BV. Eisenach-Wildprechtroda 2:1; Tiefenort-Creuzburg 10:4.

Bezirk Nordhausen: VfB. Nordhausen-Crimdehnde 3:5; Herzberg-Salza 4:1; Großwerther-Oberdorf 2:0.

Bezirk Zella-Mehlis: Fambach-Melningen 3:2; Weidobrunn-Haindorf 1:2; Aue-NKherstraße 1:1; Mittelschmalhalden-Sellenthäl 4:3; Mittelschmalhalden-Steinbach Hallenberg 1:2; Herges Vogtel-Asbeck 1:1.

Steinach: Steinheid-Steinach 0:4; Oberlud-Blechhammer 2:2.

Bezirk Weisental: Wildschütz-Markranstädt 2:2; Zeltz-Rehnsdorf 1:2; Dreißig-Theßlau 1:5; Trebnitz-Naundorf 2:1; Hoheumölzen-Gröben 1:3; Naumburg-Langendorf 0:1.

Handball
Bezirk Altenburg: Windschleuba-Niema 8:8; Meuselwitz-Rositz 17:5; Rositz-Friesen 11:5; Turnerbund-Windschleuba 11:10; Turnerbund II-Enkehuin II 0:1; Rositz II-Bünauroda 11 10:3.

Bezirk Gera: Zwitzendorf-Unterruhna 7:1, damit ist Zwitzendorf Bezirksmeister. Windschleuba-Dürrenberg 3:1; Weida-Schmölln 1:5; Freie Schwimmer-Gora-Pforten II 7:3.

Erfurt: T. Erfurt-Schwimmer Erfurt komb. 6:8; Freie Schwimmer Erfurt-Fr. Tr. Apolda 11:2; Lauterberg-Kelbra 3:7; Bezirksmannschaft Zeltz-Gruppenmannschaft Pegau 12:8; Turnerbund Zeltz-Fr. Tr. Zeltz 7:6.

Kleine Sportnachrichten

„Freie Fallboofahrer Berlin e. V.“
Zusammenkünfte: Donnerstag, 10. April, 20 Uhr, Gera 1. V. Veranstaltung für sämtliche Gruppen: Untons-Festale, Grefwallder Str. 221. Vortrag (Ganswindt): „Hypnose mit Experimenten“ (Fortsetzung).

4. Kreis, 8. Bezirk.
Frauenturnen. Sonntag, den 10. April, vorm. 9 Uhr, findet in Treuen (Schulturnhalle) die erste Bezirksfrauenlehre statt. Pflicht der Vereine ist es, ihren Frauenturnwart sowie 2 Genossinnen zu delegieren. Wahlbeine nicht verkörpert. A. Schulz, Frauenturnwart.

Alterturnen. 3. Gruppe. Sonntag, den 9. April, führt die Gruppe die erste diesjährige Turnstunde durch (Turnhalle Seminarstraße). Anschließend geselliges Beisammensitzen im Heim „West“. Alle älteren Turner und Turnerinnen werden erwartet, besonders die Mitglieder der Landvereine müssen erscheinen, findet doch in diesem Jahre das Bezirksaltertreffen in der 3. Gruppe statt.

Bezirk Zwickau.
Alterturner der 1. Gruppe: Sonnabend, d. 23. April, abends 7:30 Uhr, in Wilkau, Sporthalle, auf dem Sportplatz: Alterturnerstunde. Nachdem Versammlung ebenda.

Die Gruppenturnstunden finden am 24. April gemeinsam für Frauen- und Männerturner statt. Überall wird das Bezirksaltermaterial geteilt. Bezirksleiter sind überall anwesend. Nach den Turnstunden Versammlungen.

Für die 1. Gruppe findet sie statt: 8 Uhr in Zwickau, Lohr-Str.-Straße, Versammlung im Gewerkschaftsheim.

2. Gruppe: 8:30 Uhr in Crimmitschau, Lüdenschule. Versammlung im Turnheim. Wahlen. Alle Vereine müssen vertreten sein, da u. a. auch wichtiges Material mitzunehmen ist.

Organisationsnachrichten

SAP
Bezirksverband Berlin: Sonnabend, 9. April, 17 Uhr, Sitzung des eingetragenen Bezirksverbandes. 19 Uhr Sitzung des erweiterten Bezirksverbandes im Sekretariat, Prenzlauer Allee 34. — Zeitungsabteilung: Nächste Sitzung Freitag, 8. April, 20 Uhr, in der Magazinstr. 15/16. Wegen der äußerst wichtigen Tagesordnung muß jede Ortsgruppe vertreten sein.

Ortsgruppe Mitte: Sitzung aller erworbenen Genossen Donnerstag, 7. April, 18 Uhr, beim Genossen Reich, Linienstr. 146/II.

Ortsgruppe Wedding: Alle freigewerkschaftlich organisierten Mitglieder Donnerstag, 7. April, 20 Uhr, bei Klinge, Selterstr. 14, zu einer wichtigen Besprechung.

Ortsgruppe Prenzlauer Berg: Freitag, 8. April, 20 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung mit dem Leitband im Lokal Reche, Metzger-Str. 26. Thema: „Unsere Stellung zur KPD“. Ref. Gen. Urbahn.

Ortsgruppe Lichtenberg: Bildungskursus P. Fröhlich „Geschichte der Arbeiterparteien“, Freitag, 8. April, 19:30 Uhr, bei Rosky, Gürtelstr. 23.

Ortsgruppe Reinickendorf: Freitag, 8. April, 20 Uhr, Abt. Reinickendorf-Ost, Mitgliederversammlung im Bürgergarten, Hauptstraße.

Sozialistischer Studentenverband: Alle Genossen Donnerstag, 7. April, 20:15 Uhr, im Lokal Schwarz, Ziegelstr. Ecke Kalkschloßstraße 99. Tagesordnung: „Der Parteilag der SAP“. Ref. Gen. Düby.

Ortsgruppe Kreuzberg: Freitag, 8. April, 20 Uhr, Funktionärssitzung bei Look, Schönleinstr. 6.

Alle Bezirkskassierer müssen sofort die Sammellisten für die Preußenvahl vom Sekretariat abholen.

SJV

Heute, Donnerstag, 7. April, 19:30 Uhr:
Balkan „Hugo Haase“: Aktivgruppe.
Wörther Platz „August Bebel“: Die russische Arbeiterbewegung.
Charlottenburg Mitte: Arbeitsgemeinschaft.
Frankfurter Allee II: Bericht vom Parteilag.
Mitte-Nord: Fabian-Kursus.
Schöneweide: 10-Minuten-Referate.
Süd-West: Diktator des Proletariats (2. Forts.).
Moabit: Tagespolitik.
Westend: Tagespolitik.

U-B Charlottenburg: Jeden Donnerstag im April Bildungsschule im Heim von Charlottenburg-Mitte.

Aktionsbezirk Nord-Ost: Donnerstag, 7. April, 20 Uhr, Gruppenleiterkonferenz im Heim, Prenzlauer Allee 34. Jede Gruppe muß unbedingt vertreten sein; äußerst wichtige Tagesordnung.

Aktionsbezirk Süd: Sonntag, 10. April, Außenaktion in Zossen. Treffpunkt Neukölln, früh 7 Uhr, Bahnhof Neukölln. Radfahrer ebenfalls. — Tempelhof-Mariendorf-Kreuzberg 7 Uhr am Bahnhof Tempelhof. Radfahrer: Mariendorf-Tempelhof und Kreuzberg ebenfalls dort.

Kampfgemeinschaft für bewußte Geburtenregelung: Öffentliche Versammlung Donnerstag, 7. April, 20 Uhr, in Berlin, Schmidt-Gesellschaftshaus, Fruchtstr. 34a. Lichtbildervortrag: „Abtötung oder Verhütung der Schwangerschaft? Wie schützen wir uns vor ungewollter Schwangerschaft?“ Eintritt 20 Pf. Erwerbslose 10 Pf.

SAP Dresden: Donnerstag, 7. April, 19:30 Uhr, öffentliche Versammlung im „Orpheum“, Dresden-N. Kamenzer Str. Redner: Genosse Fritz Rück-Berlin.

SAP Groß-Chemnitz: Mittwoch, 6. April, öffentliche Versammlung im Lokal „Neue Galton“, Clausstr. Gen. Klaus Zwickling spricht über „SPD und KPD am Scheideweg“. Beginn 20 Uhr. Unkostenbeitrag: Vollarbeiter 20 Pf., Erwerbslose 10 Pf.

SAP Wilkau: Sonntag, 12. April, im „Schützenhaus“, 19 Uhr, Mitgliederversammlung. Bericht vom Reichspartitag.

SJV Falkenstein i. V.: Donnerstag, 7. April, 20 Uhr, im Jugendheim Goethestr. Öffentlicher Unterhaltungabend.

SAP Hamburg: Mitgliederversammlung Donnerstag, 7. April, 20 Uhr, Volksheim Sachsenstr. Sitzung aller Funktionäre im Lokal Geißler, Plamweg 13.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Herbert Ducksteiner, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Sichel Zeitungs-Verlagsges. mb.H. Druck: Georg König, sächsisch in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ“, Sozialistische Arbeiterzeitung, erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2904.

Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2905.

Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition RM. 2,40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM. 2,10 und RM. —,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM. 2,10 und RM. —,36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM. 2,10 monatlich zuzüglich RM. 1,30 Porto.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.

Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H.“, Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 1539 28.

Staatstheater
Oper u. d. Linden
Donnerstag, 7. April
8 Uhr:
Zigeunerbaron
Schauspielhaus
a. Gendarmenmarkt
Donnerstag, 7. April
20 Uhr:
Götz v. Berlichingen
Schillertheater
Uhlenstraße, Scharnhorststr.
Donnerstag, 7. April
20 (8) Uhr:
Cleriko

Volkshöhne
Theat. a. Blüppf.
O 1 Nordend 2946
Donnerstag, 7. April
8:00 Uhr:
Lilium
Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Tel. 67 Wechsel 1427
Donnerstag, 7. April
8:15 Uhr:
Die Frau die jeder sucht
Circus BUSCH
täglich
8 1/2 Uhr:
Ring-Kämpfe
u. Variet-Programme
Preise: 0,30 b. 3.—

Lichtspiele
am Stettiner Bahnhof
Invalidenstr. 127
Tonfilm-Tageskino
Gesangverein Sorgenfrei
und
Rasputin
der Dämon des letzten Zares
Die neueste tönende Wochenschau
Elysium - Lichtspiele
Prenzlauer Allee 56
Gastspiel Paul Godwin
Film:
Die verliebte Firma
Tönende Wochenschau
Sonntag 3 Uhr, Große Jugendvorstellung
Der große Preisabbau, Wochentags bis
6 Uhr, Sonntags bis 4 Uhr - 70 Pfg.
Nachher von 80 Pfg. an

PRATER
Lichtspiele
Kastaniental 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße
Autobus 9
Anny Ondra in
Mamsell Nitouche,
Operette mit Georg Alexander,
Hans Junkermann
dazu:
Hoot Gibson in
Endkampf
Wild-West-Tonfilm
Die neueste Wochenschau.
Einlaß 1/2, 5 Uhr. Eintrittspr. ab 0,50 RM

MILWA
Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 130
Eine Woche lang
zwei Gros-Tonfilme
Fritz Kampfer, Evelyn Holt in
„Drei gehen nicht unter“
(Drei von der Stempelstelle)
Ein aktuelles Zeitdokument
Bobby Haas, Curt Heis in
„Ein steinreicher Mann“
Eine amüsante Tonfilmgroteske
Stark reduzierte Eintrittspreise

KAUFHAUS SCHOCKEN
Lacke und Farben
Die angegebenen Gewichte sind Netto-Inhalt (ohne Dose gewogen)

Grundierfarbe für Fußboden-Lackfarbe, streichfertig	Kilo-Dose	0,95
Fußbodenlackfarbe, streichfertig, schnell trocknend, Kilodose		1,20
Emaille-Lack weiß, für Innen und Außen, 300 g-Dose 0,95, 250 g-Dose		0,50
Emaille-Lack verschiedene Farben, streichfertig, 125 g-Dose		0,35
Ringpinsel reine Borste	45 mm Durchmesser	1,00
	22 mm Durchmesser	0,25
	18 mm Durchmesser	0,15

106 Inseratenform geschlgt

Kauf Gutscheine! Stärkt den Presselonds!
Die Ente
Erscheint jeden Donnerstag
Aus dem Inhalt der neuen Nummer:
Adolf Hitler schläicht an den Feind / Ein schlauber Bischof / Rudi Braticheld und der SA-Mann / Die Himmelsprache / Wenn die Volkspolizei kocht
11 Jahrgang
10 Pfennig
Bei allen Zeitungshändlern Probenummern gratis vom Verlag der ENTE, Berlin W 30, Haberlandstr. 7

Achtung! Schutzbund- und Jugendgenossen!
blau Indanthren Sporthemden Mk. 3,95
rote Seidenripplinder „ 0,75
rote Halstücher „ 0,75
100 Wechselsackel „ 26,00
S. J. V. Kittel- und Kleiderbrosche „ 1,78
S. J. V. Radwimpel, zweiseitig bestickt „ 1,00
Reichsjugendbergsverzeichniss 1932 „ 0,90
Arbeiterjugendliederbuch „ 0,60
Hodana, Bub und Mädel kart. „ 2,60
Lernen „ 4,20
(Dieses Buch darf in keiner Jugendbibliothek fehlen)
Generalstabkarten, Einheitsblätter, Wander- u. Wasser-
karten von allen Gegenden Deutschlands
Zeits in allen Ausführungen. Bebilderten Prospekt anf.
Sämtliche Ausrüstung und Bekleidung
für Feler und Wanderung
Uebt Solidarität! Kauft bei uns!
Die Fackelstuben
Eigentum des Bundes zur Förderung
sozialistischer Werkgemeinden E. V.
Berlin C 2 Klosterstraße 62
Geöffnet von 9-19 Uhr Besucht uns unverbindlich.
Versand gegen Nachnahme oder Vorauszahlung des
Betrages auf Postcheckkonto Berlin 6882 des Bundes zur
Förderung sozialistischer Werkgemeinden E. V., Berlin C2

KIND FÜR JEDERMANN
Potsdamer Str. 4, im Vorhaus am
Potsdamer Platz 31 Kurt. 2334.
Ab Dienstag, den 5. April 1932:
Das ausgezeichnete Tonlustspiel
Die Nacht ohne Pause
mit Siegried Arno, Camillo
Horn, Max Adelbert.
Dazu: Wilhelm II. in Doorn.
Die tönende Wochenschau.
Tägt ab 9 Uhr vorm.
Sonntag ab 3 U. nachm. bis 11 U. nachts.
Einzig. Tag- u. Nachtkino Berlins

Theater des Weddings
Müller-, Ecke Sellenstraße
Weiße Schatten
und
Es wird schon wieder besser
Fox tönende Wochenschau
Das erstklassige Beiprogramm
Münz-Theater
Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino

Pharus Lichtspiele
Müllerstraße 142
Lillian Harvey in
Zwei Herzen und ein Schlag
mit Albeck-Bally, Ota Waldberg, Rosa Valenti
dazu
Tonkabarett
mit Siegfried Arno, Trude Berliac,
Paul Hörbiger, Paul Westermeyer
Neueste Tonwochenschau

est den Klassenkampf

„Der Stolz der dritten Kompanie“
dazu:
„Gesangverein Sorgenfrei“

Kampfsignal morgen neu!

Beachtet unsere Inserate!

Hitlers Bürgerkriegsarmee

Das Material des preußischen Innenministers Severing

Von der amtlichen preußischen Stelle ist jetzt das Material veröffentlicht worden, das bei der Polizeiaktion vom 17./18. März in den Geschäftsstellen der NSDAP in ganz Preußen beschlagnahmt worden ist. Die Erwartungen der preußischen Regierungskreise, daß dieses Material dem Innenminister Groener die Augen öffnen werde — Erwartungen, von denen wir gestern sagten, daß sie einer optischen oder gar: einer optimistischen Täuschung entsprungen seien —, haben sich bis zur Stunde nicht verwirklicht.

Wir geben im Folgenden einen gedrängten Ueberblick über das preußische Material, in dem sich naturgemäß auch viel Spreu findet. Ueber einen ganz bestimmten, gesonderten Komplex aus der Grenzmark hat der preußische Innenminister darum keinerlei Mitteilungen gemacht, weil er dieses Material, das ihm den dringenden Verdacht eines geplanten und vorbereiteten Verbrechens des Landesverrats zu erfüllen schien, an den Oberreichsanwalt in Leipzig weitergegeben hat. Diese Dokumente besagen, daß die SA der Grenzmark alles vorbereitet hatte, um ihre

Hand auf Waffenlager

zu legen, die für den sogenannten „Landeschutz“ angelegt und bestimmt waren. Der Oberreichsanwalt wird zweifelsohne die rechtlichen Ueberlegungen finden, die den juristisch vollendeten Nachweis dafür führen, daß den braven Nazis das subjektive Landesverräterische Bewußtsein vollkommen gefehlt hat.

*

„Die Nationalsozialisten entfalten nach einheitlichen genauen Richtlinien in ihrem sog. Nachrichtendienst eine Spitzeltätigkeit, wie sie nicht umfangreicher gedacht werden kann. Das Schwergewicht dieser Tätigkeit liegt bei den „Referenten Ic“ der Untergruppen (Gaustürme), denen besonders bestellte Nachrichtenwarte bei den Standarten (Regimenter der SA) und Sturmbannen (Bataillonen) als Hilfsworte zur Verfügung stehen. Nach einem Befehl dieser Abteilung Ic der Untergruppen (= Division) Ostmark in Frankfurt a. O. vom 2. Februar 1932 hat sich das Nachrichtenwesen „auf jede Tätigkeit befreundeter oder sympathisierender Verbände, auf die Tätigkeit des Staates und seiner sämtlichen Organe, wie Regierung, Polizei, Reichswehr“ sowie auf die Tätigkeit der Gegner“ zu erstrecken. Zur laufenden Ergänzung einer bei der Untergruppe angelegten Kartei ist ständig über die Tätigkeit der einzelnen Organe und Führer zu berichten; bei den staatlichen Organen ist nach Möglichkeit die politische Einstellung, evtl. gegnerischer Art, festzustellen und zu melden.

Daß es sich bei dieser Art der Aufziehung der Bespitzelung um die Auswirkung einer zentralen Anordnung der obersten Führung handelt, zeigen die überall im ganzen Staatsgebiet gemachten Funde an solchen Spitzelberichten und die Art ihrer Verwertung für die Partei. Dabei spielt die Auspähung der Polizei, namentlich der Schutzpolizei, eine Hauptrolle. In Berlin, Köln, Hamburg, Oberhausen, Essen, Wuppertal, Altona, Harburg-Wilhelmsburg z. B. sind genaue, bis ins einzelne gehende Aufstellungen über Stärke, Gliederung und Ausrüstung und Bewaffnung der Polizei, über Namen, Anschrift und politische Einstellung von Offizieren und Beamten der Schutzpolizei, auch der politischen Polizei usw., gefunden worden, die nach übereinstimmend gegliederten Fragebogen gemacht sind. Von zentraler Stelle wird monatlich der „Nachrichtendienst“ in verschiedenen Unterteilen, z. B. „Information über den Gegner: KPD“ oder „Information über den Gegner: System“ herausgegeben. Im Nachrichtendienstblatt Dezember 1931, betr. das „System“, werden die nur durch Verletzung des Dienstgeheimnisses der Partei in die Hände gefallenen geheimen Verfügungen des Ministers und zweier Regierungspräsidenten im Wortlaut mitgeteilt; das Nachrichtendienstblatt Februar 1932 enthält Abdruck einer vertraulichen und für den Dienstgebrauch bestimmten Denkschrift des preußischen Polizeiinstituts über Kampfvorbereitung und Kampfgrundsätze radikaler Parteien.“

Der preußische Innenminister gibt dann an Hand eines ausgedehnten Materials einen Ueberblick über die Bestrebungen zur Zersetzung der Polizei. Sein Bericht fährt danach fort:

„Ebenso bezeichnend sind, abgesehen von der Polizei, die anderen Hauptobjekte des Nachrichtendienstes. In einer in Hannover gefundenen Aufzeichnung über den Hergang einer daselbst abgehaltenen Führersprechung am 8. Februar 1932 werden als meldepflichtige Gegenstände bezeichnet:

I. a) **Bahnschutz**, beabsichtigter Einsatz, Bewaffnung, Stärke, Führung, Zusammensetzung pol. — b) **Panzerzüge**, Anzahl, Stand-

ort, Bewaffnung, beabs. Einsatz, Führer (pol. Einstellung), Besatzung (pol. Einst.).

II. a) **Postfernleitungen**, überirdisch, Lage, Kabel, Lage. — b) **Postfunkanlagen**, Standort, Personal (Einstellung).

III. **Flughäfen** a) offizielle, b) private, Zahl der Flugzeuge, Typen, Funkanlage. — IV. **Flußübergänge über Elbe und Weser**, a) feste Brücken, b) Fähren.

Die Gründe für die Geschäftigkeit und Eile, mit der der Nachrichtendienst gerade über diese Gebiete im Februar und Anfang März 1932 forciert wird, erhellen aus einer Bemerkung in demselben Befehl, wo es heißt:

„Da infolge der Reichspräsidentenwahlen, besonders bei einem Siege des nationalsozialistischen Kandidaten mit einem Einsatz der SA gerechnet werden muß, muß das Nachrichtenwesen, insbesondere auch der eigentliche Nachrichtendienst (Ic in Verbindung mit Abl. VII) schnellstens ausgebaut werden.“

Schon seit geraumer Zeit ist ein übers ganze Reich sich erstreckender Relais-Dienst festgestellt worden, der die Verbindung mit sämtlichen wichtigen Führerstellen für die Reichsleitung sichern soll. Die Leitung liegt in der Hand des bei der obersten SA-Führung eingesetzten „Inspektors der Motorstürme und -Staffeln“, der die Inangriffnahme des Relais-Dienstes jeweils durch ein besonderes geheimes Stichwort anordnet. Das zuletzt bekannt gewordene Stichwort aus dem Februar 1932 lautete bezeichnenderweise „Großmutter gestorben, Max“.

In dem dem Brieftaubenwesen gewidmeten Abschnitt des in Stettin gefundenen Planes für ein Nachrichtennetz heißt es übrigens:

„Ich möchte erinnern, daß der Leiter des militärischen Brieftaubenwesens Parteigenosse

ist. Ich bitte, diese Notiz vertraulich zu behandeln.“

Unter dem 5. März 1932 ergeht von der Untergruppe Nordmark eine ergänzende Anweisung betr. Blinkverbindungen; dabei werden vier verschiedene Blinklinien eingerichtet — deren praktische Benutzung übrigens in der Nacht vom 13. zum 14. März 1932 polizeilich festgestellt werden konnte — und u. a. folgende Abkürzungen vorgeschrieben:

„ha = wir halten
ma = wir gehen vor (sind im Angriff)
un = Unterstützung notwendig
go = wir sind eingeschlossen
p (—) = Achtung, hier Polizei
io (—) = hier alles in Ordnung“.

Neuerdings wird der Aufstellung besonderer Spezialformationen Gewicht beigelegt. Vor allem wird die Aufstellung von Pioniertruppen betrieben. Pioniere und Minenwerfer werden auf Anfordern

der höheren SA-Einheiten namhaft gemacht, desgl. ehemalige Flieger. Dabei ist bemerkenswert, daß die Aufstellung offenbar mit besonderer Eile betrieben worden ist und die gefundenen Unterlagen alle aus der Zeit Januar/Februar 1932 stammen.

Eine ganze Reihe von aufgefangenen Befehlen einzelner SA-Formationen geben Aufschluß über Stärkenachweise, Ausbildungsgrad, Waffenübungen, Verproviantierung, Gefechtsstärken, Transportmittel, Feldküchen-Versorgung und Verteilung „eiserner Rationen“. Uebereinstimmend findet sich darin die Anordnung der Alarm- und Marschbereitschaft aller Formationen. Einzelne Befehle sehen Vorbereitung von Massenquartieren vor. Der Bericht Severings fährt fort:

„Alle diese Vorbereitungen, die mit besonderem Nachdruck gerade einige Wochen vor dem wichtigen Termin der Reichspräsidentenwahl gefördert werden, gewinnen ihre besondere und erhöhte Bedeutung, wenn man die in Göttingen gefundene Weisung eines SA-Führers berücksichtigt, der darauf hinweist, daß bei den Reichspräsidentenwahlen, besonders bei einem Siege des nationalsozialistischen Kandidaten, mit einem Einsatz der SA gerechnet werden müsse; und wenn man weiter die von dem gleichen SA-Führer aus diesem Anlaß näher erläuterte Bedeutung der drei Alarmstufen für die SA abwägt und mit diesen Vorbereitungen in Verbindung bringt:

Alarmstufe A = erhöhte Aufmerksamkeit, alles zu Hause bleiben, Befehle abwarten. Auf dem Lande: Zusammenziehen vereinzelt wohnender SA-Männer zu den Scharen.

Alarmstufe B = Zusammenziehen der Truppe auf dem Lande; in der Stadt: Zusammenziehen der entfernt und in gefährdeten Gegenden wohnenden SA-Männer, letzte Vorbereitung für C.

Für Stäbe: Wichtigste Papiere vernichten, neue Dienststellen einrichten, Deckadressen für Meldungen. Sämtliche Verbände müssen sprunghoch sein.

Alarmstufe C = Mobilmachung. C erfordert volles Gepäck, Dienstanzug, der verdeckt mitgeführt wird, eiserne Rationen. Jeder SA-Mann muß für mindestens drei Tage Verpflegung mit sich führen. Alles hat in Zivil zu erscheinen.“

Die Nationalsozialisten haben im übrigen offenbar weitgehende Vorbereitungen für den Fall der Machtübernahme getroffen. Eine Reihe von Unterlagen weist darauf hin, daß an Hand von sehr ins einzelne gehenden Fragebogen Ueberichten über alle in Frage kommenden öffentlichen Behörden und sonstigen Hoheitsverwaltungen sowie über alle lebenswichtigen Betriebe geschaffen worden sind.“

Beginn der Viermächtekonferenz

Abhängung der Balkanstaaten vom Goldstandard?

TU. London, 6. April 1932

Die Viermächtekonferenz zur Prüfung des Donauproblems nimmt im Laufe des heutigen Tages in London ihren Anfang. Deutschland wird durch Staatssekretär von Bülow, Italien durch Außenminister Grandi, Frankreich durch Finanzminister Flandin und England durch Mac Donald und Schatzkanzler Neville Chamberlain vertreten.

Zu den Verhandlungen der englischen und französischen Sachverständigen am Dienstag meldet Pertinax im „Daily Telegraph“, von englischer Seite sei vorgeschlagen worden, die Donaustaaten vom Goldstandard abgleiten zu lassen. Die französischen Vertreter hätten diesem Vorschlag zugestimmt unter der Voraussetzung, daß sofort ein neuer Goldstandard auf einer niedrigeren, aber festen Grundlage eingeführt werde. Der französische Vorschlag, daß der Finanzausschuß der Viermächtekonferenz mit dem Finanzausschuß des Völkerbundes zusammenarbeiten solle, sei englischerseits abgelehnt worden. Die „Times“ begründet in ihrem Leitartikel die Notwendigkeit einer finanziellen Hilfe, aber England könne Geld nur unter ganz scharfen Bedingungen für eine wirkliche und wirksame Neuordnung hergeben.

• Eine internationale Ueberwachung sei die unbedingt notwendige Bedingung für jede internationale Hilfe.

Die äußeren Zölle des Donausystems dürfen unter keinen Umständen erhöht werden, da der

Handel mit Italien und Deutschland nicht gestört werden dürfe.

Die Stellungnahme der City von London zu den französischen Wiederaufbauplänen für die Donauländer wird von der „Financial Times“ dahin wiedergegeben, daß kein Plan Vertrauen einflößen könne, wenn nicht gleichzeitig die Reparationsfrage endgültig geregelt werde. Die Versuche, Bulgarien auszuschließen, betrachte man in der City als einen rein politischen Schachzug Frankreichs. Es sei nicht logisch, das Donauproblem angeblich nur durch rein wirtschaftliche Maßnahmen lösen zu wollen, während die Reparationsfrage auf Grund politischer Erwägungen entschieden werden solle. Nur wenn alle politischen Fragen ausgeschaltet würden, sei eine Dauerlösung zu erhoffen.

Nachhilfe für Hindenburg

Nach Mitteilung des Reichsbesoldungsblattes vom 5. April 1932 darf die Auszahlung der zweiten Hälfte der Dienstbezüge usw. bereits am Sonnabend, dem 9. April 1932, erfolgen.

Eine kleine Nachhilfe für diejenigen, die noch zwischen den drei Präsidentschaftskandidaten schwanken. Die leeren Taschen stehen der notwendigen Hindenburgstimmung im Wege und bei vielen erreicht es — dank Brüning-Hindenburgscher Notverordnungs- und sozialdemokratischer Tolerierungspolitik nicht einmal für den von Heilmann empfohlenen Schnaps.

Knickebocker: Deutschland so oder so?

Diese Bestandsaufnahme des deutschen Warenlagers aus der Feder des usamerikanischen Meistersreporters (deutsch erschienen im Ernst-Rowohlt-Verlag, Preis des kartonierten Exemplars: M.), ist eigentlich nicht für deutsche Leser aufgemacht. Dazu ist diese mitunter fast geniale Reportage doch im Detail viel zu oberflächlich gearbeitet. Wo Knickebocker sich müht, in Tiefen einzudringen und zu forschen, wird die Arbeit oft unzuverlässig, weil er hier — auf fremden Gebieten, seinen Informatoren so gut wie rettungslos ausgeliefert bleibt. Das ist etwa der Fall da, wo er kritiklos die Angaben, die Daten und die Perspektive der „Reichskampflistung der Eisernen Front“ übernimmt, die, etwas ziviler, auf den Namen Karl Hölttermann getauft ist. Das ist kein sehr klassischer Zeuge, und wenn Knickebocker sich gar als Propagandachef seines Helden fühlt und betätigt, so so wird es ganz schlimm. Man erfährt aus Knickebockers Buch etwa, daß ein viel bewundertes Volksversammlungs-schlagler Hölttermann — die Aufforderung an die Versammelten: „Wer unter Euch arbeitlos ist, der hebe die rechte Hand!“ —, daß dieser nie versagende Theatereffekt dem romantischen Gefühl des smarten Yankee Knickebocker entsprungen ist. Das ist ganz interessant. Interessant ist auch, das gleiche Phänomen nach der anderen Seite hin festzustellen. Die Hitler, Klügges und Spengler — alles Leuchten des dritten Reiches, die sich für Interviews zur Verfügung stellten, sind erstaunlich wohlwollend abkontert worden. Wenn man sich klar macht, daß Knickebockers Buch drüben ungeheuer meinungsbildend wirken muß, daß es geradezu als die notwendige feuilletonistische Ergänzung des Baseler Sachverständigenberichts über Deutschlands Wirtschaftslage angesehen werden kann, so wird man die Gefahrenquellen, die es in sich birgt, klarer erkennen. Denn nur, um diesem Interesse bei denjenigen Bürgern der USA zu genügen, denen die nüchternen Formulierungen des Sachverständigenberichts und dessen nackte Zahlenreihen allein nicht ausreichen, würde dies Buch geschrieben. Im Vorwort heißt es mit klassischer Deutlichkeit:

„Gegen vier Milliarden Dollars stehen insgesamt für Amerika in Deutschland auf dem Spiel... Auf die 122 Millionen unserer Bevölkerung aufgeteilt, ergibt dieser Betrag, daß jede dreiköpfige amerikanische Familie „ein Interesse von 100 Dollars in Deutschland hat.“

Die die Bürger der United States vornehmlich interessierende Frage ist die: Sind diese Dollar-Interessen gefährdet, wenn Hitler zur Macht kommt?

Um seinen Auftraggebern diese Frage korrekt beantworten zu können, ist Knickebocker ein paar Wochen durch Deutschland gereist. Er hat das vogeländische, Hünfeldergebiet um Falkenstein gesehen, einst Max Hölzens Domäne, heute der unbestrittene Tummelplatz von mehr als zwei Dutzend christlicher Sekten. Er hat von Merseburg aus das I. G. Farbenwerk Leuna besucht und in diesem Kapitel auf noch nicht zehn Druckseiten sehr viel Wichtiges über Deutschlands stärksten Faktor ausgesagt. Er ist in Weimar und Braunschweig den Spuren der ersten Hitler-Regierungen nachgegangen, hat in Essen, Rüsselsheim und Frankfurt die mächtigsten Industriekonzerne besichtigt; ist schließlich in der Stadt Heidelberg den nach usamerikanischer Auffassung dort komprimierten Inbegriff des deutschen Geistes suchen gegangen.

So sehr er manchmal im einzelnen irrt, so großartig kommt nun doch das Resumee heraus.

Sein Schlußwort besagt: „Deutschland wird nie wieder Reparationen zahlen. — Deutschland ist entschlossen, aufzuräumen. — Ob die Republik bleibt, ist davon abhängig, ob sie sich als geeigneter Unterbau des Kampfes gegen Frankreich erweist. — Hitler hat eine andere Form in Bereitschaft! — aber: Im Augenblick hat die Republik unter Brüning versprochen, gegen Frankreich nicht nachgiebiger zu sein, als Hitler es wäre.“

Das für Amerika Entscheidende aber faßt Knickebocker in diese Formeln zusammen:

„Die amerikanischen Investitionen auf diesem Kontinent sind in einem Schlachtfeld angelegt.“ — „Amerika, durch seine Entfernung vor Europas unheilbarem Wirrwarr geschützt, mag seine finanzielle Leichtfertigkeit bereuen, es mag die Verluste bedauern, die es jetzt erleidet und die es noch gewärtigen muß. Es kann dem Atlantischen Ozean dankbar sein. Zwischen Westeuropa und der Sowjetunion liegt kein Ozean.“

Die Perspektive ist klar: Die Dollars sind in jedem Fall verloren. Eines Tages wird nach schweren Wirren und Kämpfen der Sozialismus auch in Mittel- und Westeuropa seinen Aufbau beginnen. Diese Erkenntnis ist die Quintessenz des Knickebocker-Berichts. Unter diesem beherrschenden Gesichtspunkt verschwindet auch die heute noch aktuelle Frage nach Hitlers Aussichten. Eines Tages wird er nicht mehr da sein.

Aber deutlich sympathisiert der sonst so klarsichtige Reporter mit den Kräften in Deutschland, die hoffen, Hitler schlagen zu können, ohne die Schärfe des sozialistischen Schwertes zu bemühen. Wenn solches Unternehmen gelingen könnte, so wäre vielleicht doch noch ein Teil der Dollars zu retten —

Trotz vieler Mängel ist Knickebockers Bericht zu empfehlen.

Berthold Jacob.

Mannesmann entläßt 600 Arbeiter. Die Mannesmann-Röhrenwerke in Wittun entlassen zum 15. April 600 Arbeiter. Außerdem werden zum 1. Mai etwa 31 Angestellte entlassen.

Sozialdemokratische Gewerkschaftspolitik

„Großkampf im Berliner Buchdruckgewerbe“

Von einem Buchdrucker wird uns geschrieben:

Vor einigen Wochen konnte man im „Vorwärts“ und in der sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaftspressen die Ankündigung eines Großkampfes im Berliner Buchdruckgewerbe lesen. Auch der „Aufwärts“, von dem man beim besten Willen nicht weiß, womit er seinen Titel begründen will, berichtete hierüber. Eine Reihe Berliner Großbuchdruckereien hatte neben dem durch die 4. Notverordnung bedingten Lohnabbau noch einen besonderen Ansturm auf die sogenannten Ueberminimumlöhne unternommen. Hierunter versteht man im Buchdruckgewerbe die über Tarif gewährten Leistungszulagen, die bei einzelnen Sparten und Firmen bis rund 30 Prozent des Grundlohnes ausmachen.

Dieser seltsame Zustand ist dadurch entstanden, daß in der Zeit guter Konjunktur der Vorstand des Verbandes der Buchdrucker in seiner fanatischen Tariftreue absolut nicht zu bewegen war, aus seiner lethargie herauszutreten und seinen Mitgliedern einen angemessenen Anteil am Werte ihrer Produktion zu sichern. Einzelne Sparten, insbesondere die Maschinensetzer und die Rotations, rührten sich selbst, und es gelang ihnen auch, ihren Lohn einigermaßen den Lebensbedürfnissen anzupassen, obgleich der Vorstand, statt dieses Bestrebens zu unterstützen, den vorwärtsdrängenden Sparten mancherlei Schwierigkeiten bereitet. So haben diese an sich absolut berechtigten Löhne, an deren Höhe der Vorstand keinerlei Anteil hat, auch im Lohnniveau niemals eine Verankerung gefunden. Obgleich nun die 4. Notverordnung ausdrücklich nur einen Abbau der Grundlöhne vorsah und alle sonstigen Lohnzüge, also auch die Leistungszulagen hiervon unberührt ließ, glaubten doch die Scharfmacher im Buchdruckgewerbe die gegenwärtig ungeheure Arbeitslosigkeit für einen Sturm auf die Ueberminimumlöhne auszunutzen zu können. Unter Androhung von Personaleinschränkungen und ähnlichen Repressalien verlangten die Unternehmer ultimativ einen Abbau der Leistungszulagen um 50 Prozent.

„Großkampf im Buchdruckgewerbe!“ schrieb die SPD-Presse, und jeder hätte aus ihren Verlautbarungen geschlossen, daß sich Verbands- und Berliner Gauvorstand an die Spitze eines energischen Abwehrkampfes gestellt hätten. Weit gefehlt! Der Berliner Gauvorstand gab den anfragenden Personalen der betroffenen Betriebe den Bescheid, daß er aus mancherlei Gründen nicht in der Lage sei, den

Abwehrkampf zu führen, den Personalen vielmehr überlassen müsse, selbst ihre Maßnahmen zu ergreifen. Und das, obgleich Recht und Gesetz auf seiten der Gehilfenschaft waren, denn die Notverordnung, die, wie schon bemerkt, nur den Abbau der Tarifgrundlöhne vorsah, will mit dem Ausschluß jedes weiteren Lohnabbaus Lohnkämpfe vermeiden oder — um im Tone dieser Verordnung zu reden — „den Wirtschaftsfrieden sichern“. Durch die eigentümliche Einstellung des Gauvorstandes ließen sich nun einige Personalbewerber, in einen Abbau der Leistungszulagen zu willigen, der bei einem erheblichen Teil der Kollegen mehr als 7 Mark pro Woche betrug. Sie fielen damit — vielleicht unbewußt — den Kollegen in den Rücken, die, auf die Notverordnung pochend, dem Abbau Widerstand entgegensetzten.

Glatten Verrat aber übten „Vorwärts“ und „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ an jenen Kollegen, indem sie die in den ersten genannten Betrieben unter Druck erpreßten Vereinbarungen als „annehmbar“ bezeichneten, denn nunmehr war es für den Gewerberat Körner, der für die vom Vorstand bedrohten Betriebe auftragsgemäß einen Schiedsspruch zu fällen hatte, leicht, sich an Sätzen heranzuwagen, die — lt. „Vorwärts“ und „Korr.“ — „annehmbar“ waren, um so mehr, als die Körnerschen Abzüge nicht einmal so weit gingen, als die SPD-Getreuen des Berliner Gauvorstandes in den ersten Betrieben in gewohnter friedlicher Weise vereinbart hatten. Ohne die „annehbare“ Stellungnahme der SPD-Presse hätte auch der Körnersche Schiedsspruch nur einen Lohnabbau zulassen können, wenn die in der Notverordnung als Ausnahmeerscheinung vorgesehene besonders schwierige wirtschaftliche Lage des Betriebes jeweilig nachgewiesen wurde; das wäre aber wohl keiner der in Frage kommenden Firmen möglich gewesen. Daß aber die Abwehr solcher Angriffe bei der Entwicklung eines geschlossenen Widerstandes möglich ist, beweist der Verlauf der gleichen Aktion bei Scherl, wo zwar der Abbauversuch nicht völlig abgeschlagen werden konnte, doch den anderen Firmen gegenüber so erheblich geringer war, daß man wohl berechtigten Grund zu der Annahme hat, bei einem geschlossenen Widerstand der beteiligten Personalen gegen die Aktion der Unternehmer wäre diese völlig gescheitert. Möglicherweise hätte es hierbei einen kleinen Kampf gegeben, aber das Wort „Kampf“ darf man in der Nähe des Gewerkschaftshauses nur noch in Flüstertönen aussprechen — um Schlaganfälle zu verhüten.

Der KPD-Unsinn wird fortgesetzt

Die neueste Thälmannrede: Nationalbolschewismus und neue Beschimpfungen der SAP

Als Auftakt für den zweiten Wahlgang bei der Reichspräsidentenwahl hat Thälmann am Montag in der Jahrhunderthalle in Breslau eine seiner berühmten „großen Reden“ gehalten, worüber die „Rote Fahne“ über drei Seiten berichtet. „Nichts gelernt und nichts vergessen.“ Das kann man als Motto über diese Rede setzen. Es ist auch nicht ein neuer Gedanke darin, nichts anderes als die gedankenlose Wiederholung der alten, aus der KPD-Presse längst bekannten Schlagworte. Voran steht wieder die „nationale Befreiung“ des deutschen Volkes von der „Tributsklaverei“. Dann die übliche „Charakterisierung der Situation“ von Hitler bis zur — SAP: Alles ist Faschismus.

Ziemlich ausführlich scheint sich Thälmann mit der SAP beschäftigt zu haben. In der „Roten Fahne“ erscheint dieser Teil seiner Rede unter der Schlagzeile „SAP — die Wiliale der Hindenburg-SPD.“ Ausgerechnet in Breslau, wo durch das Eintreten der SAP für die Wahl von Thälmann am 13. März die KPD-Stimmen gewaltig vermehrt wurden, hält es der geistreiche KPD-Führer für notwendig, in der unsinnigsten Weise die SAP-Führer als „Verbrecher“ zu beschimpfen, die Gründung der SAP als „einen niederträchtigen konterrevolutionären Anschlag gegen die revolutionäre Einheitsfront“ zu bezeichnen. Neu ist in dieser Beschimpfung, daß zur Abwechslung einmal die Führer der SAP zu „Leibärzten des Sozialfaschismus“ gestempelt werden. Das deshalb, weil die SAP den sogenannten roten Volksentscheid der KPD mit Recht als Zutreibdienste für den Faschismus kritisierte.

Nach dieser Schimpfkanonade „reicht

Thälmann den SAP-Arbeitern die Hand“. Die KPD kann mit derartigen Methoden gewiß keinen einzigen SAP-Arbeiter gewinnen, aber Hunderttausende von parteilosen und sozialdemokratischen Arbeitern zurückstoßen und in die Front der Hindenburg und Hitler treiben.

Wir denken nicht daran, gegen die stumpfsinnigen Tiraden von Thälmann und der ganzen KPD-Führung zu polemisieren. Nur das eine sei festgestellt, daß, wenn es einen Zerstörer der revolutionären Einheitsfront in Deutschland gibt, es die KPD-Führung ist. Wenn wir trotzdem für den 10. April die Arbeiter auffordern, Thälmann zu wählen, so weiß nicht, weil wir uns Thälmann und der Führung der KPD anbieten wollen, sondern weil durch die Schuld der SPD- und KPD-Führer dies für große Massen des Proletariats heute leider die einzige Möglichkeit ist, gegen Hitler und Hindenburg aufzutreten.

Wir sind überzeugt, daß Hunderttausende von KPD-Anhängern diese Agitationsmethoden ihrer Führer verabscheuen und aufs schärfste verurteilen. Darum sagen wir auch heute allen revolutionären Arbeitern, daß sie gegen diese Politik der Zerstörung der einheitlichen Klassenfront protestieren und alle Vorbereitungen für eine klare Entscheidung bei den Landtagswahlen am 24. April treffen müssen. Jeder revolutionäre Arbeiter, der wirklich den geschlossenen Kampf der ganzen Arbeiterklasse gegen Kapitalismus und Faschismus, gegen Lohnabbau und Notverordnungsdiktatur und für die soziale Revolution will, kann seine Stimme am 24. April nur der wirklich revolutionären Partei, der SAP, geben.

Neuer Schlag gegen das Streikrecht

Eine Verurteilung des Metallarbeiterverbandes

Vor mehr als drei Jahren wurde durch einen Zwangsschiedsspruch des sächsischen Hüttenarbeitern eine (kandalöse) Verlängerung der Arbeitszeit bei gleichzeitiger Ausdehnung der Sonntagsarbeit zudiktiert. Die Empörung der Hüttenarbeiter war so groß, daß sie dagegen spontan in Streik traten, und daß auch der Metallarbeiterverband nicht umhin konnte, diesen Streik zu sanktionieren. Der DMV-Vorstand hat zwar versucht, juristisch die Berechtigung dieses Streiks mit angeblichen Unkorrektheiten des Schiedsspruches zu begründen.

Darüber schwebt nun seit Jahren ein unständliches Verfahren vor den verschiedenen Arbeitsgerichten. Selbst das Reichsarbeitsgericht hatte sich schon einmal damit beschäftigt und die Sache an das sächsische Arbeitsgericht zurückverwiesen. Jetzt wird bekannt, daß das sächsische Landesarbeitsgericht am 5. April erneut im Sinne der klagenden Metallindustriellen entschieden und den Geschäftsführer des DMV für den Gau Sachsen zu 10 000 Mark Schadenersatz verurteilt hat.

Es ist anzunehmen, daß auch dieses Urteil erneut vor dem Reichsarbeitsgericht angefochten wird. Doch ob das Urteil bestehen bleibt oder vielleicht wieder aufgehoben wird, ist unwesentlich. Entscheidend ist vielmehr, wie die Gewerkschaften sich grundsätzlich zu der Praxis der Schlichtungsbehörden überhaupt einstellen. Denn es handelt sich hier nicht um juristische, sondern um Machtfragen. Solange die Gewerkschaften bedingungslos das Schlichtungswesen anerkennen, wird das Streikrecht immer mehr beseitigt. Nur der grundsätzliche Kampf gegen das Schlichtungswesen mit der gleichzeitigen Mobilisierung der Arbeiter gegen jeden arbeiterfeindlichen Zwangsschiedsspruch kann diese Frage zugunsten der Arbeiterklasse entscheiden. Das uneingeschränkte Streikrecht kann niemals eine Doktorfrage sein, sondern kann nur von der, alle politischen Konsequenzen in Kauf nehmenden Arbeiterklasse in ihren Organisationen erkämpft und gesichert werden.

Irland riegelt sich ab

Die irische Regierung hat auf Vorschlag des Industrie- und Handelsministers beschlossen, einen allgemeinen Wertzolltarif von 33 1/2 Prozent auf alle Warengattungen, die in Irland selbst hergestellt werden können, zur Einführung zu bringen. England und die Dominien werden einen um 8 1/2 Prozent niedrigeren Vorzugszoll von 25 Prozent genießen. Der Zeitpunkt der Einführung des Zolltarifes ist noch nicht festgesetzt worden. Es ist anzunehmen, daß es sich um eine schrittweise Einführung nach Maßgabe der Dringlichkeit innerhalb der nächsten Monate handeln wird. Bereits bestehende niedrigere Zollsätze werden auf den Höchstsatz heraufgesetzt werden.

Drohender Kampf in den Brauereien

Das Braukapital will die Arbeitszeit verlängern

Vor einigen Monaten wurde zwischen den Berliner Brauereien und dem Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverband durch ein spezielles Abkommen die Fünftagewoche festgelegt. Jetzt beim Tarifablauf wollen die Brauereiernehmer die Fünftagewoche wieder beseitigen. Sie verlangen zwar nicht deren generelle Beseitigung, aber eine Durchlöcherung dergestalt, daß der bisher arbeitsfreie Mittwoch wieder aufgehoben und an sämtlichen sechs Wochentagen mit wechselnder Belegschaft gearbeitet werden soll. Um ihren Plan durchzusetzen, haben die Brauereibesitzer das Kurzarbeitsabkommen zum 12. April gekündigt. Gleichzeitig wurde sämtlichen Brauereiarbeitern für diesen Tag gekündigt.

Die Belegschaften sämtlicher Brauereien sind entschlossen, dagegen den Kampf aufzunehmen. Bis jetzt erklären auch die Gewerkschaftsführer sich für die notwendigen Gegenmaßnahmen bereit. Nach allen Erfahrungen müssen jedoch die Brauereiarbeiter demgegenüber sehr mißtrauisch sein. Sie müssen wissen, daß es auf ihre Aktivität ankommt, wenn der Anschlag der Unternehmer erfolgreich abgewehrt werden soll. Deshalb erhöhte Kampfbereitschaft und ganz konkrete Streikvorbereitungen in allen Betrieben!

Rückgang der Arbeitslosenzahl in England

TU. London, 5. April 1932.

Wie das Arbeitsministerium mitteilt, betrug die Zahl der englischen Arbeitslosen am 21. März 1932 2 567 332, das sind 133 341 weniger als im Vormonat und 12 786 weniger als im Vorjahr. Die allgemeine Besserung der Verhältnisse im vergangenen Monat erstreckte sich auf die meisten der Hauptindustrien Englands, wie besonders Bauindustrie, Kohlenbergwerke, Textilindustrien und Flugzeugbau. In der Schuhindustrie sowie bei Häfen und Werften war ein leichter Rückgang der Beschäftigung zu verzeichnen.

Steigende Arbeitslosenzahl in Belgien

TU. Brüssel, 6. April 1932.

Im Monat März wurden in Belgien 168 000 Vollarbeitslose und 180 000 Teilarbeitslose gezählt. Im Februar betrug die Gesamtzahl der Arbeitslosen 333 000.

105 britische Industrielle nach der Sowjetunion

TU. Moskau (über Kowno), 6. April 1932.

Nach einer Mitteilung der russischen Botschaft in London haben sich 105 englische Industrielle bereit erklärt, sich nach der Sowjetunion zu begeben, um die wirtschaftliche Lage dort zu studieren.

Chile hebt Goldstandard auf

TU. London, 6. April 1932.

Der chilenische Senat und die Kammer haben nunmehr beide das Gesetz über Aufhebung des Goldstandards angenommen, das nur noch vom Präsidenten unterzeichnet werden muß.

Geplatze Seifenblase

Keine internationale Arbeitsbeschaffung

Seit Monaten haben die SPD-Presse und ein Teil der bürgerlichen Zeitungen die grandiosen internationalen Arbeitsbeschaffungspläne des Direktors vom Genfer Arbeitsamt, Albert Thomas, in marktschreierischer Weise angekündigt. Es sollten große internationale Autostraßen, neue internationale Eisenbahnlinien und ähnliches mehr in Angriff genommen und dadurch Hunderttausenden von arbeitslosen Arbeitern Beschäftigung verschafft werden. Dieser Plan hat auch im Völkerbund eine Rolle gespielt. Man hat zu diesem Zweck einen Völkerbunds-Ausschuß für internationale öffentliche Arbeiten geschaffen. Für die Beratungen dieses Ausschusses hat das Genfer Arbeitsamt eine Spezialkommission eingesetzt, wo unter Führung von Albert Thomas und dem Generalsekretär des französischen Gewerkschaftsbundes, Jouhaux, anderbare Pläne ausgearbeitet wurden.

Welchen Wert dieses ganze Theater hatte, ist aus folgendem hervor: Der Völkerbunds-Ausschuß tagte in letzter Woche in Paris unter dem Vorsitz des Reichsbahndirektors Dorpmüller. Das Ergebnis der Pariser Beratungen war aber so mager, daß sich die Macher der ganzen Komödie scheuten, darüber der Öffentlichkeit einen Bericht zu lassen. Der „Vorwärts“ ist darüber betrübt, denn es ist ihm damit ein Mittel zur Täuschung der Arbeitermassen genommen. Er bringt nun einen kurzen Bericht von der Sitzung und schreibt dazu:

„Die Schuld für den unbefriedigenden Verlauf der Pariser Arbeitsbeschaffungstagung liegt nicht bei dem Ausschuß, sondern bei den Regierungen, die es noch immer nicht für nötig erachten haben, wenigstens durch die Ausführung von Arbeitsbeschaffungsprogrammen den Ausschuß die notwendigen Unterlagen zur Arbeit zu geben. Jouhaux sprach gegenüber dem Pariser Korrespondenten des Pressedienstes seine Enttäuschung dar-

über aus, daß die vom Internationalen Arbeitsamt aufgestellten Pläne von dem Ausschuß nicht in Betracht gezogen worden sind und daß gerade von den Regierungen Deutschlands, Frankreichs und Englands, also von Ländern, in denen große Arbeitslosigkeit herrscht, dem Ausschuß Pläne nicht unterbreitet worden sind. Infolgedessen habe sich der Ausschuß auf die Prüfung der Vorschläge beschränken müssen, die ihm die Regierungen Lettlands, Polens, Südschwedens und Griechenlands übermittelt haben.“

Der „Vorwärts“ berichtet dann weiter, daß das ganze Ergebnis der Konferenz darin bestand, den Regierungen von Griechenland, Lettland und Polen den Bau und die Verbesserung von Flußläufen, Kanälen, Landstraßen, Brücken und Eisenbahnlinien — zu empfehlen. (!) Das hätten diese Regierungen zweifellos auch ohne die Weisheiten der Pariser Konferenz gewußt. Die Frage ist nur, ob sie das notwendige Geld haben, derartige Arbeiten auszuführen.

Das ganze Manöver hat, wie nicht anders zu erwarten war, keinem Arbeitslosen auch nur einen Pfennig gebracht. Aber etwas haben die Macher damit erreicht. Es gab wieder einmal eine wunderbare Vergnügungsreise mit riesigen Diäten und Fahrspesen für die „notleidenden“ Schwerverdiener Dorpmüller, A. Thomas, Jouhaux und viele andere. Ein neuer Beweis für die Arbeiterklasse, daß das ganze internationale Arbeitsamt nur ein Mittel ist, um einigen Leuten Ministergehälter zu verschaffen und den Massen Sand in die Augen zu streuen. Eine wirkliche Lösung der Arbeitslosenfrage ist nur möglich durch Kampf um Beseitigung der bankerotten kapitalistischen Wirtschaft. Nur in der sozialistischen Gesellschaft wird es auch möglich sein, wirklich international notwendige Arbeiten durchzuführen.